

Altenlingen

Schwegmann

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Joseph-Schwegmann-Straße	Schwegmann, Joseph	Altenlingen

Joseph Schwegmann (*28.02.1911 in Pye bei Osnabrück, †28.8.1993 in Bad Essen) wurde als fünftes von zwölf Kindern in Pye (Gemeinde Wallenhorst) geboren. Nach der Volksschule ergriff er zunächst einen kaufmännischen Beruf, holte dann aber in Bingen das Abitur nach und studierte. Seine Vorbereitung auf den **Priesterberuf** mit Stationen in Bensheim, Bingen, Münster und Paderborn fiel überwiegend in die Zeit des Nationalsozialismus. 1941 wurde er mit 30 Jahren zum Priester geweiht und nahm eine Tätigkeit als Vikar in Merzen (bei Ankum) auf. Von April 1942 bis Oktober 1945 diente er gesundheitlich angeschlagen als **Sanitätssoldat** im Krieg bzw. nach Kriegsende als **Militärpfarrer** in Schleswig-Holstein. Danach wirkte er als **Kaplan** in Merzen (bei Ankum) und **Pastor** einer Diasporagemeinde in Bad Essen. Im Rahmen der Entnazifizierung wurde er in die Kategorie V („**no objections**“) eingeordnet. Im Juli 1952 übernahm er die Maria-Königin-Gemeinde in Lingen. Er wirkte dort bis ins hohe Alter.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 980, Nr. 54080.
- StadtA LIN, ZAuS Fettweis, Nr. 32, S. 42.
- 375 Jahre Schützenverein St. Sebastian Altenlingen. Glaube – Sitte – Heimat, Meppen o.J.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Baccum

Große-Honebrink

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Große-Honebrink-Straße	Große-Honebrink, Maria	Baccum

Maria Große-Honebrink (*17.12.1890 in Powe, †22.05.1972 in Osnabrück) besuchte die Belmer Volksschule, die Ursulinenschule in Osnabrück und schließlich die Lehrerinnen-Bildungsanstalt Osnabrück. Als Lehrerin arbeitete sie ab 1911 zunächst in Jungingen (Hohenzollern), dann in Rütenbrock und Osnabrück-Schinkel. Selbst eine überzeugte Katholikin, trat sie im Juni 1916 ihre Stelle an der **kath. Volksschule Baccum** an. Sie war Mitglied des **Kath. Lehrerinnenvereins** und der **Zentrumspartei**, für die sie sowohl im November 1932 als auch im März 1933 votierte.

Nach eigener Aussage wurde sie 1933 Mitglied im **NS-Lehrerbund**.¹ Im November 1935 trat sie der **NS-Frauenschaft**² bei, in der sie von November 1935 bis April 1937 das Amt einer **Zellenleiterin** (Ortsfrauenschaftsleiterin) übernahm. 1936 trat sie der **NS-Volkswohlfahrt**³ und dem **Reichsluftschutzbund**⁴ bei. Von 1940 bis 1943 war sie Mitglied im **Volksbund für das Deutschtum im Ausland**,⁵ wo sie sich als „Kassiererin für 7 Mitgl.“ betätigte.

Bei ihrer **Entnazifizierung** bezeugte der Baccumer Pfarrer,⁶ sie habe „*das volle Vertrauen aller Eltern der Gemeinde gewonnen u. es sich in der Hitlerzeit bewahrt durch ihre Haltung in und außer der Schule. Sie war die einzige Lehrperson an der hiesigen Schule, die trotz allen*“

¹ Der **NSLB** wurde 1929 als der NSDAP angeschlossener Verband zur weltanschaulich-politischen Ausrichtung der Erzieher gegründet. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 608. 1937 waren 97% aller Pädagoginnen und Pädagogen Mitglied im NSLB.

² Die **NS-Frauenschaft** wurde 1931 gegründet und 1935 als offizielle Gliederung der NSDAP in die Partei eingeordnet. Gemäß ihrer Aufgabe, Frauenarbeit im Sinne der NS-Ideologie zu leisten, betrieb sie die ideologische und praktische Schulung von Frauen. Sie hatte ca. 2,3 Mio. Mitglieder. Neben der streng nationalsozialistisch ausgerichteten NS-Frauenschaft existierte ab 1933 das Deutsche Frauenwerk (DFW) als Sammelbecken gleichgeschalteter bürgerlicher Frauenbewegungen. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 617ff.

³ Nach der Deutschen Arbeiterfront (DAF) die größte NS-Massenorganisation, versuchte die **NSV** eine Monopolisierung der Wohlfahrt. Aufgrund ihrer scheinbaren Ideologieförderung war ihre Arbeit populär. Die Mitgliedschaft erschien auch für diejenigen akzeptabel, die dem Regime eher zögernd oder kritisch gegenüberstanden, aber aus Opportunitätsgründen in eine Parteiorganisation eintreten wollten. Tatsächlich war die Arbeit der NSV aber von rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien bestimmt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 619f.

⁴ Der **Reichsluftschutzbund (RLB)** wurde 1933 gegründet, um ehrenamtliche Luftschutzwarte zu schulen. Aufgabe der Luftschutzwarte war es die Leitung von Luftschutzgemeinschaften in Häuserblocks oder einzelnen Häusern. Der RLB war zunächst dem Reichsluftfahrtministerium, ab 1944 der NSDAP unterstellt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609.

⁵ Der **VDA** hatte sich der Förderung deutscher Minderheiten im Ausland und der Revision der durch den Versailler Vertrag eingetretenen Gebietsverlusten verschrieben. Er wurde 1933 gleichgeschaltet und spielte zeitweise eine wichtige Rolle in der NS-Volkstumspolitik. Dabei geriet er zunehmend in Konkurrenz zur Auslandsabteilung der NSDAP. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 788ff.; Stiller, Alexa: Rezension zu Luther, Tammo, *Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938: Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten*. H-German, H-Net Reviews. September, 2005. (<http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=11142>)

⁶ Hinsichtlich ihres Wahrheitsgehalts sind die Aussagen in **Leumundszeugnissen** („Persilscheine“) als noch problematischer zu bewerten als die nicht selten beschönigten oder gefälschten Selbstangaben im Entnazifizierungs-Fragebogen. Sie sind weniger Auskunft über das tatsächliche Handeln der Betroffenen Person vor 1945 als Ausdruck seines sozialen Netzwerkes nach 1945. Vgl. Sabine Hennig, *Entnazifizierungsunterlagen in Württemberg-Hohenzollern*, in: *Südwestdeutsche Archivalienkunde* (<https://www.leo-bw.de/themenmodul/sudwestdeutsche-archivalienkunde/archivaliengattungen/akten/inhaltliche-unterscheidung/entnazifizierungsakten-wuerttemberg-hohenzollern>).

Schwierigkeiten den Kindern das christliche Glaubensgut vermittelte ganz im Sinne der Eltern.“ Auch der Baccumer Bürgermeister setzte sich für sie ein: Sie habe das Amt der Zellenleiterin nur „unter Druck der Parteileitung“ angenommen. „Ihre Stellung als kath. Lehrerin war während der Nazizeit (sic!) schwer, weil man hier 1938 einen gottgläubigen Hauptlehrer anstellte und der zweite Lehrer schon von Anfang an Ortsgruppenleiter war. Unter dieser Leitung u. Umgebung hat sie es aber meisterhaft verstanden kein Haarbreit ihrer Überzeugung preiszugeben und hat auch den Religionsunterricht (sic!) immer weiter für die Katholischen (sic!) Kinder erteilt.“ Große Honebrink hatte schon zuvor – im Juni 1945 und im Januar 1946 – einen Fragebogen der Militärregierung ausgefüllt und eingereicht. Der Bürgermeister beschwerte sich: „Der Gemeinde ist es aber unverständlich, dass für die Entnazifizierung wiederholt der Fall Grosse Honebrinck (sic!) als aufgezwungene Zellenleiterin für eineinhalb Jahren (sic!) auftritt, wogegen nach zwei ihr folgenden Frauenschaftsleiterinnen (sic!) bis heute nicht gefragt wurde.“ Und auch der Pfarrer merkte an, es sei „unverständlich, die Haltung Frl. Honebrincks in dieser Zeit nach irgend einer Seite in Zweifel ziehen zu wollen“.

Der Entnazifizierungsausschuss ordnete Große-Honebrink auf der Basis ihres Fragebogens als „**nominellen Nazi-Unterstützer**“ ein. „Die Grosse-Honebrink ist seit 1935 in der NS-Frauenschaft und bis April 1937 Zellenleiterin gewesen. Außerdem war sie Mitglied in vier Organisationen der Partei. Die Zeugnisse beweisen, dass ihr das Amt der Zellenleiterin aufgezwungen wurde.“ Und weiter: „Nach persönlicher Kenntnis mehrerer Ausschussmitglieder (Vollmer, Klöcker, Greife, Schulte, Vieth) ist Frl. Grosse-Honebrink **Nazi-Gegnerin** gewesen.“ Sie wurde als Mitläufer **entlastet** (Kategorie V).

Anders erging es ihren beiden Lehrerkollegen. Der Hauptlehrer Geusen (NSDAP von 1937 bis 1945, Organisationskassenleiter der NSDAP, „wesentliche Förderer und Nutznießer“) und der Lehrer Kroon (NSDAP von 1933 bis 1943, ab 1938 Ortsgruppenleiter der NSDAP, „Unterstützer“) wurden wegen ihrer NS-Gesinnung ihres Amtes enthoben. Damit war Große-Honebrink kurzzeitig die einzige Lehrkraft der Schule und wurde mit der Leitung der Schule betraut. Im Oktober 1945 kam als weiterer Lehrer Hermann Regenbrecht hinzu. Maria Große-Honebrink wurde im März 1956 aus dem Amt verabschiedet.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep. 980, Nr. 13621, Nr. 13785, Nr. 18164.
- Heine, Paul: Baccum – Ramsel – Münnigbüren. Zur Geschichte des alten Kirchspiels, Lingen 2005.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Bramsche

Curie

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Marie-Curie-Straße	Curie, Marie	Bramsche

Maria Salomea Skłodowska (*07.11.1867 in Warschau, †04.07.1934 in Passy) wuchs im damals noch russischen Warschau auf. Da Frauen dort vom Studium ausgeschlossen waren, emigrierte sie nach Paris. 1895 heiratete sie Pierre Curie (†1906). 1897 begann sie mit der Erforschung radioaktiver Substanzen, was bald zu einer Beeinträchtigung ihrer Gesundheit führte. Mit ihrem Mann gelang ihr erstmals der Nachweis von Polonium und Radium. 1903 erhielt sie den **Nobelpreis für Physik**. 1908 wurde sie Physikprofessorin an der Sorbonne. Die Verleihung des **Nobelpreises für Chemie** 1911 war überschattet von einem Medienskandal, den ihre Beziehung mit dem verheirateten Paul Langevin ausgelöst hatte. 1914 übernahm sie die Leitung des Radium-Instituts Paris. Im Ersten Weltkrieg entwickelte sie einen mobilen **Röntgenwagen** zur Untersuchung von Soldaten direkt an der Front und bildete dafür zusammen mit ihrer Tochter Frauen zu Röntgentechnikerinnen aus. 1922 wurde sie Mitglied der innerhalb des **Völkerbundes** gerade neugegründeten Internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit, der sie zwölf Jahre lang angehörte. Nach zunehmenden gesundheitlichen Problemen starb sie 1934. Zahlreiche Ehrungen, auch in Form von Straßennamen.

Quellen und Literatur

- Goldsmith, Barbara: Marie Curie. Die erste Frau der Wissenschaft, München 72020.

Bramsche

Einstein

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Einsteinstraße	Einstein, Albert	Bramsche

Albert Einstein (*14.03.1879 in Ulm, †18.04.1955 in Princeton) entstammte einer jüdischen Familie. Nach einem Diplom als Mathematiklehrer arbeitete er zunächst im Berner Patentamt. 1905 legte er an der Uni Zürich seine Dissertation vor und veröffentlichte die Spezielle Relativitätstheorie. 1911 wurde er ordentlicher Professor an der Uni Prag. 1916 veröffentlichte er die Allgemeine Relativitätstheorie und wurde im Jahr darauf Direktor des Berliner Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik. 1921 erhielt er den Nobelpreis für Physik. Politisch vertrat er **pazifistische Positionen** und interessierte sich schließlich auch für den **Zionismus**. 1932 war er Mitunterzeichner des „**Dringenden Appells**“ für eine gegen die NSDAP gerichtete SPD-KPD-Kooperation. Nach der „Machtergreifung“ wurde seine Wohnung durchsucht. Er beantragte die deutsche Ausbürgerung, wurde stattdessen aber strausgebürgert. Seine Bücher wurden öffentlich verbrannt. Er emigrierte nach Princeton, von wo aus er die **Emigration bedrohter jüdischer Wissenschaftler und Künstler unterstützte**. Im August 1939 gehörte Einstein zu den Unterzeichnern eines an Präsident Roosevelt gerichteten Briefes, der den Bau von Atombomben empfahl, um Deutschland zuvorzukommen, was Einstein später allerdings bereute. An dem nun initiierten **Manhattan-Projekt** war Einstein – auch weil er wegen Kommunismusverdachts als Sicherheitsrisiko eingeschätzt wurde – nicht beteiligt. Seine Cousine wurde 1942 in Treblinka ermordet. Nach 1945 sprach er sich für eine Weltregierung und **internationale Rüstungskontrollen** aus. Zu Deutschland wahrte er aufgrund des Holocausts auch nach 1945 Distanz. Das Angebot, Staatspräsident von Israel zu werden, lehnte er 1952 ab.

Quellen und Literatur:

- Neffe, Jürgen: Einstein. Eine Biographie, Reinbek bei Hamburg 2021.

Bramsche

Geers

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Geersstraße	Geers, Georg	Bramsche

Georg Geers (*07.09.1876 in Stockum bei Ankum, †15.04.1947 in Bramsche) besuchte das Carolinum in Osnabrück und studierte Theologie und Philosophie in Münster und Freiburg. 1903 wurde er in Osnabrück zum **Priester** geweiht. Nach ersten beruflichen Stationen in Norden (Ostfriesland), Hamburg-Bergedorf, Bissendorf, Vinnen und Neustadt-Gödens wurde er 1928 Pfarrer in Bramsche. Dort gründete er eine sog. „Zehnerschaft“, eine Gruppe von je zwei Jugendlichen aus allen Ortsteilen, die sich zu regelmäßigen Abenden trafen, in der Bibel lasen und Gespräche über das Tagesgeschehen führten. Außerdem richtete er eine **Schwesternstation** mit drei Ordensschwestern. Der Aufforderung der NSDAP, die Stellen mit NS-treuen Schwestern zu besetzen kam er nicht nach. Letztlich holte er drei Schwestern aus dem Kloster Nette. Der **Gemeinschaftsschule** stand er – wie die katholische Kirche insgesamt – ablehnend gegenüber. Als im Zweiten Weltkrieg das NSDAP-Mitglied Revermann Geers aufforderte, einer Mutter die dritte Todesnachricht zu überbringen, soll er geantwortet haben: *„Ihr seid das doch angefangen, und habt jeden gerühmt, der den ‚Heldentod‘ stirbt. Jetzt bringe dieser Frau die Nachricht nur selber.“* Bei seiner Entnazifizierung gab er an, er sei in der NS-Zeit *„von der Kreisleitung in Lingen als ‚politisch unzuverlässig‘“* erklärt worden, und ihm sei aufgrund dessen *„das Recht auf Ausstellung eines Jagdscheines entzogen“* worden. Geers war von 1938 bis 1946 als Kamerar zuständig für den Finanzbereich im Dekanat Lingen. Das Pfarramt in Bramsche übte er bis zu seinem Tod aus.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 980, Nr. 55315
- Brüning, Theresia: 1000 Jahre Bramsche. Ein Dorf mit Vergangenheit und Zukunft Lingen 2007.
- Hauptschule Marienschule Lingen: 140 Straßennamen in Lingen. Personen in Text und Bild, Lingen 1985.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.
- Wolbers, Alfons: Auf den Spuren der St. Gertrudis-Pfarrgemeinde in Bramsche von ihren Anfängen bis in unsere Zeit, Lingen 2000.

Bramsche

Hahn

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Otto-Hahn-Straße	Hahn, Otto	Bramsche

Otto Hahn (*08.03.1879 in Frankfurt am Main, †28.07.1968 in Göttingen) studierte in Marburg und München Chemie, 1901 folgte die Promotion, 1907 die Habilitation. 1907 begann auch die dreißigjährige Zusammenarbeit mit der Physikerin Lise Meitner. 1912 wurde er Leiter einer Abteilung für radioaktive Forschung im gerade gegründeten Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie.

Im Ersten Weltkrieg diente er zunächst an der Front, wurde dann aber zur von Fritz Haber geleiteten Entwicklung **chemischer Kampfstoffe** (Giftgas) ins Institut zurückbeordert. Hahn protestierte zunächst mit Verweis auf das Völkerrecht und die Haager Konvention, willigte aber in dem Glauben, Giftgas könne das Ende des Krieges beschleunigen, schließlich ein. *„Nachdem mir Geheimrat Haber auseinandergesetzt hatte, worum es ging, habe ich mich bekehren lassen und später durchaus aus Überzeugung mitgemacht.“* Hahn wurde einem Pionierregiment zugeteilt, das für den Einsatz von Gaskampfstoffen gedrillt wurde. Der im April 1915 mit dem Angriff auf Ypern beginnende **Gaskrieg** wurde zunächst mit Chlorgas, dann an der deutschrussischen Front auch mit Phosgen geführt. Hahn zeigte sich später darüber *„tief beschämt“*: *„Erst haben wir die russischen Soldaten mit Gas angegriffen, und als wir dann die armen Kerle liegen und langsam sterben sahen, haben wir ihnen mit unseren Rettungsgeräten das Atmen erleichtern wollen, ohne jedoch ihren Tod verhindern zu können. Da wurde uns die ganze Unsinnigkeit des Krieges bewusst.“* Im Dezember 1916 wurde Hahn in das Große Hauptquartier versetzt, wo er sich um die Fertigung von Gasgranaten und die Prüfung von Gasmasken zu kümmern hatte. Später wurde er erneut an die Front versetzt.

1928 wurde Otto Hahn Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie. Gegenüber dem Nationalsozialismus nahm Hahn zunächst eine indifferente Haltung ein. Im Februar 1933 reiste er für eine einsemestrige Gastprofessur in die USA. Zurück in Deutschland, übernahm er die Stelle des aus Protest gegen das **Berufsbeamtengesetz** zurückgetretenen Fritz Haber und schlug Max Planck einen vereinten Protest gegen das Gesetz vor, was dieser jedoch resigniert ablehnte. Im September 1933 wurde die aus jüdischer Familie stammende **Lise Meitner** trotz Intervention Hahns die Lehrbefugnis entzogen und von der Universität Berlin ausgeschlossen. Im Januar 1934 erklärte Hahn seinen **Rückzug aus der Universität**. Im Januar 1935 sprach er auf der von Max Planck initiierten und vom Reichserziehungsministerium nur widerwillig gestatteten **Gedenkfeier für Fritz Haber**. 1938 unterstützte Hahn Lise Meitners Flucht nach Schweden.

Ende 1938 gelang Hahn und Fritz Straßmann der chemische Nachweis der **Uranspaltung** und läuteten damit das Atomzeitalter ein. Während im nationalsozialistischen Deutschland kritisiert wurde, dass sie ihre Ergebnisse wie üblich vor der ganzen Welt veröffentlicht hatten, wuchs außerhalb Deutschlands die Angst vor einer deutschen Atombombe. An das nun ins Leben gerufene **Uranprojekt** war Hahn zwar eingebunden, doch zeigte er sich zunehmend reserviert. Zudem **verweigerte er den Eintritt in NS-Organisationen**, woraufhin ihm die Habilitation verweigert wurde. Er setzte sich für mit jüdischen Frauen verheiratete Mitarbeiter ein, die jüdische Witwe seines verstorbenen Mitarbeiters **Rausch von Traubenberg** bewahrte er 1944 mit einem Brief vor der Deportation in ein Vernichtungslager.

Im April 1945 wurde Hahn mit neun anderen Atomforschern von den westlichen Alliierten gefangengenommen und bis Januar 1946 auf dem englischen Landsitz **Farmhall** untergebracht. Auf die Nachricht der Bombenabwürfe in **Hiroshima und Nagasaki** im August 1945 reagierte er erschüttert und fühlte sich mitverantwortlich. *„Ich danke Gott auf Knien, dass wir keine Uranbombe gemacht haben.“* Noch in Gefangenschaft erhielt er den **Nobelpreis für Chemie**. Zurück in Deutschland wurde er Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (später Max-Planck-

Gesellschaft). 1955 wurde der Otto-Hahn-Preis ins Leben gerufen. Hahn setzte sich nun verstärkt **gegen den Einsatz von Atomwaffen** und die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik ein, namentlich in einem Rundfunkvortrag und bei der von ihm mitinitiierten Mainauer Kundgebung 1955 sowie mit der von ihm mitunterschiedenen Göttinger Erklärung 1957.

Quellen und Literatur

- Hoffmann, Klaus: Otto Hahn. Forschung und Verantwortung (Mäzene Stifter Stadtkultur. Schriften der Frankfurter Bürgerstiftung und der Ernst Max von Grunelius-Stiftung 6), Frankfurt am Main 2005.
- Trömel, Martin: Otto Hahn im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik, in: Forschung Frankfurt 3/4 (2004), S. 70–76.

Bramsche

Lambersteipen

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Lambersteipenweg	Lambersteipen, Johannes	Bramsche

Johannes Lambersteipen (*05.05.1897 in Döllinghausen (Kreis Bersenbrück), †19.08.1981 in Thuine) studierte nach dem Abitur 1919 in Meppen Theologie in Münster. 1923 wurde er in Osnabrück zum **katholischen Priester** geweiht. Fortan wirkte er als Kaplan und Leiter der Rektoratsschule in Lathen. 1937 wechselte er auf die Pfarrerstelle in Lähden. Dort nahm er den **Pfarrer Clemens Riedemann** auf, der aus seiner Pfarrei in Groß-Fullen, dann aus seiner Pfarrei in Vinnen durch die Gestapo vertrieben worden war. 1947 wurde Lambersteipen Pfarrer in Bramsche, wohin ihm schließlich auch Riedemann folgte. In seine Bramscher Amtszeit fiel die Einweihung des neuen Friedhofs (1949) und die Erweiterung der Kirche (1954/56). 1973 wurde er zum geistlichen Rat ehrenhalber ernannt. Lambersteipen, der zu seinen Hobbys die Rebhuhnjagd und die Bienenzucht zählte, starb 1981 nach längerer Krankheit.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 439, Nr. 23274.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.
- Wolbers, Alfons: Auf den Spuren der St. Gertrudis-Pfarrgemeinde in Bramsche von ihren Anfängen bis in unsere Zeit, Lingen 2000.

Bramsche

Planck

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Max-Planck-Weg	Planck, Max	Bramsche

Der Physiker Max Planck (23.04.1858 in Kiel, †04.10.1947 in Göttingen) legte 1879 seine Promotion, 1880 seine Habilitation vor. 1885 übernahm er eine Professur in Kiel, 1889 wechselte er nach Berlin. Im Jahre 1900 formulierte er die Quantenhypothese und legte damit den Grundstein für die Quantentheorie. Für seine Arbeit wurde er 1915 mit dem Physik-Nobelpreis geehrt. In der Folge entwickelte er sich zu einem der einflussreichsten Wissenschaftslenkern und -repräsentanten. 1929 wurde ihm zu Ehren die Max-Planck-Medaille ins Leben gerufen.

Politisch **nationalistisch, konservativ und staatsgläubig** eingestellt, begrüßte Planck den Ausbruch des Ersten Weltkriegs und gehörte zu den Unterzeichnern des kriegspropagandistischen „Manifests der 93“. Einer seiner Söhne fiel 1916 bei Verdun. Das Ende des Krieges und des Kaiserreiches empfand er als „Tage des nationalen Unglücks“. In der Weimarer Zeit blieb sein Verhältnis zu demokratischen Grundsätzen distanziert. Die Einführung des Wahlrechts hielt er für einen Fehler, die Egalisierung der Gesellschaft stand seinen Standesdünkeln entgegen. Bis 1933 gehörte er der **DVP** an. Als die Berliner Akademie 1920 aufgefordert wurde, sich schützend vor den zunehmend antisemitischen Angriffen ausgesetzten Einstein zu stellen, verweigerte Planck als ständiger Sekretär der Akademie dies.

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten empfand der inzwischen 74jährige Planck trotz Wahrung einer elitären Distanz als geringeres Übel. Er folgte der Maxime „**Durchhalten und weiterarbeiten**“. Als Einstein die Geschehnisse in Deutschland kritisierte, bekundete die Akademie unter Federführung Plancks ihr Missfallen. Einstein trat aus der Akademie aus, und Planck bemerkte, dass Einsteins „*politisches Verhalten sein Verbleiben in der Akademie unmöglich gemacht*“ habe. Das Gesetz zur Entlassung jüdischer und politisch missliebiger Beamte wurde trotz massiver Folgen für die Akademie von Planck nicht öffentlich kritisiert. Der Versuch, Hitler bei seinem Antrittsbesuch davon zu überzeugen, „*dass es doch verschiedenartige Juden gäbe, für die Menschen wertvolle und wertlose*“, scheiterte. Eine von Planck initiierte **Gedenkveranstaltung** für den im Exil verstorbenen jüdischen Chemiker Fritz Haber 1934 wurde vom Reichserziehungsministerium nur widerwillig gestattet. Allmählich wandelte sich nun die anfängliche Kompromissbereitschaft und partielle Kooperation mit dem Regime in **stille Resistenz**. In den nächsten Jahren gehaltene Vorträge lagen inhaltlich quer zur NS-Ideologie.

Da eine konsequente **Gleichschaltung der Akademie** zunächst vermieden werden konnte, galt sie bei Nazi-Aktivisten bald als „*Heimstätte der Reaktion*“. Von der Kritik betroffen war auch Planck, der sich 1937/38 massiven Angriffen ausgesetzt sah und als „*weißer Jude*“ denunziert wurde. Als die Akademie Ende 1938 gleichgeschaltet wurde, fiel die konkrete Durchführung von Amts wegen Planck zu. Tatsächlich versuchte Planck nun hinter den Kulissen, jüdische Mitarbeiter zum Rücktritt zu bewegen, trat aber noch im Dezember 1938 als Sekretär zurück.

Infolge des Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Plancks Sohn Erwin Planck, der Kontakte zum Goerdeler-Kreis unterhielt und dort als späteres Kabinettsmitglied gehandelt wurde, verhaftet und trotz wiederholter Eingaben Plancks im Oktober 1944 zum Tode verurteilt. Planck selbst starb 1947 nach längerer Krankheit in Göttingen. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, deren Präsident Planck 1930-1937 und 1945-1946 war, wurde 1948 mit ihren westdeutschen Instituten in **Max-Planck-Gesellschaft** umbenannt.

Quellen und Literatur

- Fischer, Ernst Peter: Der Physiker. Max Planck und das Zerfallen der Welt, München 2007.
- Hoffmann, Dieter: Max Planck. Die Entstehung der modernen Physik, München 2008.

Brögbern

Brauer

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Anna-Brauer-Straße	Brauer, Anna	Brögbern

Anna Theresia Brauer (*30.12.1877 in Brögbern, †18.09.1961 in Lingen), Tochter des Mühlenbaumeisters und Neubauern Hermann Rosen und seiner Frau Agnes geb. Niemann, heiratete nach einer hauswirtschaftlichen Ausbildung Hermann Brauer, Verwalter des Schottelhofes in Darne. Nach der Geburt ihres zweiten Kindes wurde sie 1905 von Bürgermeister Dust und dem Lingener Kreisarzt gefragt, ob sie sich zur **Hebamme** ausbilden lassen wolle. Sie begann daraufhin eine entsprechende Ausbildung im Marienhospital Osnabrück. 1908 bestand sie die Prüfungen und wurde entsprechend vereidigt. Damit war sie nicht nur die erste diplomierte Hebamme, sondern auch die **erste selbständig berufstätige Frau in Brögbern**. Ihr Mann fiel 1916 in Russland. 1944 wurde sie von einer Bekannten denunziert, nachdem sie sich in privater Runde **negativ über Hitler geäußert** hatte, und kam vorübergehend ins Gestapogefängnis Münster. Entlassen wurde sie nur unter Auflagen, unter anderem einem Reiseverbot. Ende April 1945 verlor sie durch einen Panzerangriff ihr Hab und Gut, setzte den Hebammenberuf aber auch danach noch fort. In den 1950er Jahren wurde sie pensioniert.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, PSR, Lin St, 1961/278.
- Lüddecke, Ingeborg: Ein Frauenleben aus dem Emsland (Anna Brauer geb. Rosen), in: Emsländische und Bentheimer Familienforschung 43 (1998), S. 15-17.
- Lüddecke, Ingeborg: Zwei Frauen aus Brögbern, in: Emsländische Geschichte 9 (2001), S. 299-305.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Brögbern

Hinken

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Bürgermeister-Hinken-Straße	Hinken, Bernhard	Brögbern

Bernhard Hinken (*09.12.1922 in Brögbern, †07.04.1977 in Brögbern) war verheiratet mit Emma geb. Lübbers aus Rheitlage. Das Ehepaar hatte sechs Kinder. Es gibt **keinerlei Hinweise auf irgendeine NS-Mitgliedschaft** Hinkens. Erstmals politisch in Erscheinung trat er erfolgreich bei der Gemeinderatswahl 1956 als Kandidat der Wahlgemeinschaft „Einigkeit Brögbern“. 1961 wurde er zum stellvertretenden Bürgermeister gewählt. 1963 wurde er **Bürgermeister**. Zu seinen wichtigsten Arbeitsfeldern gehörten der Straßenbau sowie der Bau des Kindergartens und der Turnhalle. Bei der Kommunalreform setzte er sich vehement für die Bildung einer **Nordgemeinde** mit Sitz in Holthausen ein. Mit der Eingemeindung nach Lingen 1974 wurde er Ortsbürgermeister. Seit Juni 1974 saß er im Lingener Kreistag. Er war langjähriges Mitglied des kath. Kirchenvorstandes Brögbern, langjähriger Vorsitzende der Jagdgenossenschaft Brögbern, langjähriges Vorstandsmitglied der Raiffeisen-Molkerei Lingen und stellvertretender Vorsitzende des Milchkontrollverbandes Emsland.

Quellen und Literatur

- StadtA LIN, Lingener Tagespost vom 09. und 12. April 1977.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Brögbern

Niemann

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Bürgermeister-Niemann-Straße	Niemann, Heinrich	Brögbern

Heinrich Niemann (*03.08.1910 in Brögbern, †07.07.1963 in Brögbern) besuchte zunächst die Volksschule Brögbern, dann bis März 1933 die Landwirtschaftsschule Emsbüren. Er erreichte Anfang der 1930er Jahre als **Leichtathlet** eine gewisse Popularität. Er wurde Emsland- und Bezirksmeister und belegte bei den Norddeutschen Meisterschaften den dritten Platz im 1500-Meter-Lauf. Sein gleichnamiger **Vater**, der Kolon Heinrich Niemann sen. (†1965), war als Gemeindevorstandsmitglied und Beisitzer politisch aktiv und leitete außerdem den 1934 gleichgeschalteten Schützenverein. Heinrich Niemann jun., der in einer **kath. Jungmännervereini-gung** aktiv war und 1932 und auch im März 1933 noch das **Zentrum** gewählt hatte, trat am 1. November 1933 in die **SA**⁷ ein, wo er bis in den Rang eines Scharführers (ohne Aufgabenbereich) aufstieg, und blieb bis 1945 Mitglied. Von 1935 bis 1945 war er Mitglied der Feuerwehr. Als **Kameradschaftsführer der HJ** und **Ortsjugendwart der Jungbauern** organisierte er mit HJ und Jungbauern im November 1935 in Brögbern den ersten **Dorfgemeinschaftsabend** im Kreis Lingen, an dem auch Vertreter der NSDAP und der NS-Volkswohlfahrt (NSV) teilnahmen. Niemann eröffnete die Feierlichkeiten mit einem „*Gruß an den Führer*“ und schloss sie mit einem dreifachen „*Sieg Heil*“.

Am 1. April 1936 wurde Niemann zum **Bürgermeister** von Brögbern ernannt. Es handelte sich um ein Ehrenamt, das nicht ohne Grund abgelehnt werden konnte. Er erhielt dafür nach eigenen Angaben eine Entschädigung von 600 Mark monatlich, dreimal soviel wie er auf dem elterlichen Hof verdiente. Mit 26 Jahren war er damit der jüngste Bürgermeister im Kreis Lingen. Die Aufstiegsmöglichkeiten, die die NSDAP ihren jungen Mitgliedern bot, wurden an ihm, dem populären Sportler, besonders deutlich. Er übernahm das Amt in einer finanziell schwierigen Situation, der auch er nicht Herr werden konnte. 1937 wurden derart viele Beanstandungen erhoben, dass für die Gemeinderechnung schließlich ein Sachbearbeiter eingestellt wurde, der die Finanzlage bessern konnte.

Während seiner Amtszeit war Niemann Mitglied im **Deutschen Gemeindetag**⁸ (01.04.1936-12.05.1941). Im Frühjahr 1936 wurde er Mitglied in der **Deutschen Jägerschaft**⁹ und in der

⁷ Die **SA** entstand 1920 als parteieigene paramilitärischer Truppe für gewaltsame Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern. Der Nachwuchs rekrutierte sich hauptsächlich aus der HJ. 1932 ca. 420.000 Mitglieder, 1934 ca. 4,2 Mio. Mitglieder, 1935 1,6 Mio. Mitglieder. Nach dem Röhm-Putsch konzentrierte sich die SA auf die vormilitärische Ausbildung ihrer Mitglieder. Zu den terroristischen Aktivitäten der SA gehörten Übergriffe im Rahmen des Boykotts jüdischer Geschäfte 1933 und im Rahmen der Pogromnacht 1938. In Oranienburg und Wuppertal unterhielt die SA je ein KZ. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 752ff.

⁸ Der **Deutsche Gemeindetag** war im Nationalsozialismus die Spitzenorganisation der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände

⁹ Der **Reichsbund Deutsche Jägerschaft** war von 1934 bis 1945 der offizielle Jagdverband im nationalsozialistischen Deutschland. Die Mitgliedschaft war für alle, die einen Jagdschein besaßen, Pflicht.

NS-Volkswohlfahrt (NSV).¹⁰ Im Frühjahr 1937 trat er dem **Reichsluftschutzbund**¹¹ bei. Am 29. Juni 1937 stellte Niemann einen Antrag auf Aufnahme in die **NSDAP** und wurde rückwirkend zum 1. Mai 1937 unter der Nummer 4111056 in die Ortsgruppe Bawinkel aufgenommen.¹² Von 1938 bis 1941 und 1943 bis 1945 hatte er außerdem das Amt des **Ortsbauernführers** inne.

Bisher zeitlebens auf dem elterlichen Hof beschäftigt, wurde Niemann im Mai 1941 zum **Kriegsdienst** eingezogen. Damit endete auch seine Tätigkeit als Bürgermeister. Kurzzeitig diente er im Infanterieregiment 396 in Frankreich. In Rahmen seiner Entnazifizierung berichtet Niemann: *„Ich bin am 28.11.41 als Sonderführer von der **Wehrwirtschaftsinspektion Kassel** als landwirtschaftlicher Sonderführer zur Wirtschaftsinspektion Süd (Ukraine) nach Kiew kommandiert. Meine Aufgabe als Sonderführer bestand in der landwirtschaftlichen Verwaltung von 10 Gütern. A[m] 1.4.22 [sic!] wurde ich dort aus der Wehrmacht entlassen. Die Beilehung als Sonderführer wurde aufgehoben. Ab 1.4.42 wurde ich dort dienstverpflichtet für die **Landbewirtschaftungsgesellschaft Ukraine** mit demselben Aufgabenkreis. Am 13.4.43 wurde ich von der betr. Gesellschaft entlassen, da ich für den väterlichen Betrieb als 5. Sohn U.K. [unabkömmlich] gestellt wurde.“*¹³

Im Januar 1945 wurde er erneut eingezogen. Am 24. März 1945 geriet er in französische **Kriegsgefangenschaft**. Wegen eines Grubenunfalls in Gefangenschaft blieb seine rechte Hand teilweise taub. Ende Januar 1947 entlassen, nahm er seine Tätigkeit auf dem elterlichen Hof wieder auf.

Bei seiner **Entnazifizierung** legte Niemann drei Leumundszeugnisse vor. Der Brögberner Bürgermeister Mülder erklärte, Niemann habe sich trotz seiner NSDAP-Mitgliedschaft *„nicht politisch betätigt“* und sich auch in seinen Ämtern als Bürgermeister und Ortsbauernführer *„nicht politisch besonders hervorgetan“*. Ortsbauernberater Helmes erklärte, Niemann habe sich *„keiner politischen Aktivität und Propaganda für die N.S.D.A.P. hingegeben“*. Seine beiden Ämter habe er stets *„in gerechter und zufriedenstellender Weise für die Bevölkerung ausgeführt“*. Pastor Hackmann schließlich nannte ihn *„eine ruhige solide Persönlichkeit“*, der andere Meinungen und Ansichten gelten ließ. *„Man hörte nichts Nachteiliges oder Belastendes von ihm“*. Es ist darauf hinzuweisen, dass Aussagen in Entnazifizierungsakten problematische und recht unzuverlässige Quellen und entsprechend kritisch zu hinterfragen sind.¹⁴ Der Entnazifizierungs-Hauptausschuss jedenfalls hielt die positiven Aussagen für glaubwürdig: *„Die beigebrachten Leumundszeugnisse entlasten ihn als Mitläufer. Er war lediglich dem Namen nach ohne Einfluss Mitglied der NSDAP und hat den Nationalsozialismus nicht unterstützt.“* Damit galt Niemann als lediglich **nomineller Nazi-Unterstützer** (*„nominal Nazi supporter“*) und war *„entlastet (Kategorie V)“*.

1948 heiratete Niemann Katharina Schepers, aus der Ehe gingen vier Kinder hervor. Neben seiner beruflichen Tätigkeit als **Landwirt** war er Vorsitzender des Fußballvereins Voran Brögbern und bei der Feuerwehr aktiv. Mit Unterstützung der CDU und der rechtsgerichteten Deut-

¹⁰ Nach der Deutschen Arbeiterfront (DAF) die größte NS-Massenorganisation, versuchte die **NSV** eine Monopolisierung der Wohlfahrt. Aufgrund ihrer scheinbaren Ideologieförderung war ihre Arbeit populär. Die Mitgliedschaft erschien auch für diejenigen akzeptabel, die dem Regime eher zögernd oder kritisch gegenüberstanden, aber aus Opportunitätsgründen in eine Parteiorganisation eintreten wollten. Tatsächlich war die Arbeit der NSV aber von rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien bestimmt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 619f.

¹¹ Der **Reichsluftschutzbund (RLB)** wurde 1933 gegründet, um ehrenamtliche Luftschutzwarte zu schulen. Aufgabe der Luftschutzwarte war es die Leitung von Luftschutzgemeinschaften in Häuserblocks oder einzelnen Häusern. Der RLB war zunächst dem Reichsluftfahrtministerium, ab 1944 der NSDAP unterstellt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609.

¹² Nach einem Aufnahmestopp ab Mai 1933 hatte sich die NSDAP ab Mai 1937 zunächst wieder anderweitigen NS-Mitgliedern geöffnet, bis die Mitgliedsperre im Mai 1939 vollständig aufgehoben wurde.

¹³ Aufgabe der **Wirtschaftsinspektionen** war die Versorgung der Wehrmacht, die provisorische Weiterführung kriegswichtiger Betriebe und die Wiederaufnahme der Produktion in Bergbau und Landwirtschaft im besetzten Osteuropa. Die **Landbewirtschaftungsgesellschaft Ukraine (LBGU)** bewirtschaftete die ehemaligen Staatsgüter der besetzten Ukraine und lenkte die landwirtschaftliche Produktion daselbst.

¹⁴ Vgl. etwa Templin, David: Wissenschaftliche Untersuchung zur NS-Belastung von Straßennamen. Abschlussbericht, erstellt im Auftrag des Staatsarchivs Hamburg, Hamburg 2017, S. 15.

schen Partei (DP) wurde er am 11. Mai 1955 **erneut Bürgermeister**. 1956 trat er für die Wahlgemeinschaft „Einigkeit Brögbern“ an und wurde einstimmig im Bürgermeisteramt bestätigt. Bei den Wahlen 1961 trat er für die **CDU** an. Parallel zum Bürgermeisteramt wirkte er als ehrenamtlicher **Gemeindedirektor**. Noch als amtierender Bürgermeister starb er 1963 mit 53 Jahren.

Quellen und Literatur

- BArch, R 9361-IX KARTEI / 30591650.
- BArch, Slg. BDC (NSDAP-Aufnahmeantrag).
- NLA OS, Rep 980, Nr. 14804.
- StadtA LIN, Lingener Volksbote vom 21.11.1935.
- StadtA LIN, Lingener Kreisblatt vom 22.11.1935.
- Bunge, Rosa/ Weinert, Max (Hg.): Brögbern. Bauerschaft – Dorf – Ortsteil, Lingen-Brögbern 1998.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Brögbern

Voß

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Heinrich-Voß-Straße	Voß, Heinrich	Brögbern

Hermann Heinrich Voß (*28.07.1893 in Brögbern, †18.09.1971 in Lingen) war der Sohn des Bauernhepaars Gerhard Heinrich Voß und Anna Maria Helena Rosa geb. Bram. Er verließ das Gymnasium 1911 mit der Obersekundareife. Während des **Ersten Weltkriegs** besuchte er 1918 die Flieger-Beobachter-Schule in Königsberg (Ostpreußen). 1915 erhielt er das Eiserne Kreuz 2. Klasse und das Braunschweiger Kriegsverdienstkreuz, 1918 das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Bei Kriegsende wurde er als Oberleutnant der Reserve (Fliegerbeobachter) entlassen. Er heiratete Theresia Meyer aus Izum bei Hildesheim und arbeitete auf dem väterlichen Hof, den er nach dessen Tod Ende 1935 übernahm. Voß war Mitglied der antipreußischen **Deutsch-hannoverschen Partei** (DHP). Außerdem war er bis zu dessen Auflösung Mitglied im „**Stahlhelm**“.¹⁵ Von 1913 bis 1939 war er Mitglied im Reichskriegerverband Kyffhäuser bzw. **NS-Kriegerbund**,¹⁶ wo er das Amt des Vereinsführers innehatte. Von 1938 bis 1939 war er als Ortsgruppenleiter im **Reichsluftschutzbund**¹⁷ aktiv.

Voß („Heinrich Voß jr., Colon“) saß ab 1929 im **Gemeinderat** und zog im März 1933 über die „Gemeinschaftsliste Niemann“ erneut in den Rat ein. Im November 1934 schied er im Zuge einer Verkleinerung des Gemeinderates aus. Bei einer erneuten Umbildung des Gemeinderates zog er im Oktober 1935 wieder in den Rat ein und war auch 1942 noch im Amt. Am 1. Mai 1937 beantragte er die Aufnahme in die **NSDAP**.¹⁸ Die offizielle Aufnahme erfolgte ebenfalls am 1. Mai 1937 unter der Nummer 5106964 in die Ortsgruppe Bawinkel.¹⁹ Während des **Zweiten Weltkriegs** war er Hauptmann der Reserve und Kompaniechef der Fliegerhorst-Kommandantur 9/VI. 1940 erhielt er das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse. Schließlich geriet er in Griechenland mit einer Verwundung in englische Gefangenschaft.

Nach dem Krieg war er zunächst Mitglied der rechtsgerichteten, nationalkonservativen **Deutschen Partei** (DP). Bei seiner **Entnazifizierung** bat er um ein zügiges Verfahren, da er als Kandidat der DP für die Kreistagswahl aufgestellt werden sollte. Das Ergebnis des Verfahrens lautete: „*Voss ist seit 1938 Mitglied der NSDAP gewesen, jedoch ohne Amt und Rang. Ausserdem ist er Vereinsführer des NS-Kriegerbundes (schon von 1913 her im Kriegerverein) und Ortsgruppenleiter des Reichsluftschutzbundes. Er ist als Mitläufer zu bezeichnen. Er wird entlastet gem. §7 der Verordg. V. 3.7.1948 (Kategorie V).*“

¹⁵ Der „**Stahlhelm**“ war ein 1918 gegründeter, der DNVP nahestehender, antidemokratischer Wehrverband. Schon vor 1933 kam es dabei zu Annäherungen an die Nationalsozialisten. 1934 wurde der „Stahlhelm“ unter dem Namen „NS-Frontkämpferbund“ gleichgeschaltet, ein Jahr später ganz aufgelöst. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 745. Die Lingener Ortsgruppe des „Stahlhelms“ entstand offiziell im August 1924. Vgl. StadtA LIN, Lingener Volksbote vom 7.7.1933.

¹⁶ Der **Nationalsozialistische Reichskriegerbund** ging 1938 aus dem Deutschen Reichskriegerverband Kyffhäuser hervor. Der Bund betrieb Kameradschaftspflege im NS-Sinn. Er wurde 1943 aufgelöst. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609.

¹⁷ Der **Reichsluftschutzbund (RLB)** wurde 1933 gegründet, um ehrenamtliche Luftschutzwarte zu schulen. Aufgabe der Luftschutzwarte war es die Leitung von Luftschutzgemeinschaften in Häuserblocks oder einzelnen Häusern. Der RLB war zunächst dem Reichsluftfahrtministerium, ab 1944 der NSDAP unterstellt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609.

¹⁸ Nach einem Aufnahmestopp ab Mai 1933 hatte sich die NSDAP ab Mai 1937 zunächst wieder anderweitigen NS-Mitgliedern geöffnet, bis die Mitgliedsperre im Mai 1939 vollständig aufgehoben wurde.

¹⁹ Bei seiner Entnazifizierung gab er eine **NSDAP-Mitgliedschaft** von 1938 bis 1939 an. Während das erste Datum offenbar irrtümlich eingetragen wurde, beruht das Datum des angeblichen Austritts zweifellos auf dem Umstand, dass die Parteimitgliedschaft während des Militärdienstes ruhte. Vgl. §26 Abs. 1 Wehrgesetz vom 21.5.1935. Es handelte sich also um keinen aktiven Austritt aus der Partei.

Voss wechselte später zur **CDU**. Seit 1952 saß er für mehrere Jahre im Brögberner Gemeinderat. 1952 wurde er **stellvertretender Bürgermeister**, 1956 wurde er Erster Beigeordneter. 1964 bewarb er sich über die „Freie Wählergemeinschaft Brögbern“ erneut erfolgreich um ein Mandat. Mit Gründung des **Emsländischen Landvolks** übernahm er den Vorsitz des Ortsvereins Brögbern. Außerdem war er Orts- und Kreisvorsitzender des **Reichsbundes der Kriegs- und Zivilgeschädigten**. Er war aktiver Jäger, Ehrenmitglied im Schützenverein, im Sportverein und bei der Freiwilligen Feuerwehr Brögbern. Zum Aufbau der Hannoveranersiedlung stellte er ein Grundstück zur Verfügung. Dort erinnert heute eine Straße an ihn.

Quellen und Literatur

- BArch, R 9361-IX KARTEI / 46321383.
- StadtA LIN, PSR, Lax G, 1893/59.
- StadtA LIN, PSR, Lax H, 1892/1.
- StadtA LIN, PSR, Brö St, 1935/3.
- Bunge, Rosa/ Weinert, Max (Hg.): Brögbern. Bauerschaft – Dorf – Ortsteil, Lingen-Brögbern 1998.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Darme

Lehár

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Leharweg	Lehár, Franz	Darme

Franz Lehár (30.04.1870 in Komorn, †24.10.1948 in Bad Ischl) war ein österreichischer Komponist ungarischer Herkunft. 1882 wurde er Schüler des Prager Konservatoriums. Nach ersten Tätigkeiten als Orchestermusiker und Militär-Kapellmeister konzentrierte er sich schließlich auf die Komposition insbesondere von Operetten. Der erste und größte Erfolg war 1905 „Die lustige Witwe“. Seine letzte Operette „Giuditta“ wurde 1934 in der Wiener Staatsoper aufgeführt, durfte im nationalsozialistischen Deutschland aber nicht gespielt werden. Von Berlin aus wurden Anti-Lehár-Demonstrationen organisiert. Man warf ihm die **Zusammenarbeit mit jüdischen Librettisten** vor. Zudem war seine **Ehefrau Sophie Jüdin**. An die NS-Kulturgemeinden erging Ende 1934 die Note, dass Lehárs Operetten zur Aufführung in Deutschland ungeeignet seien. Auf **Intervention von Hitler und Goebbels** waren seine Operetten ab Juli 1936 dann doch wieder spielbar. Hitler, ein Bewunderer seiner Kunst, begrüßte ihn auf der Jahrestagung der Reichskulturkammer und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ im November 1936 demonstrativ als Ehrengast. Im selben Monat besuchten er und Goebbels ein Konzert Lehárs. *„Lehar in seiner Naivität, ganz benommen von der Gunst des Diktators, genoss es in vollen Zügen, nunmehr auf allen staatlichen und privaten Bühnen Deutschlands als Lieblingskomponist Hitlers persona grata zu sein“* (Peter Herz, 1968).

1938 erfolgte der **Anschluss Österreichs** an das Deutsche Reich. Einigen von Lehárs Librettisten gelang die Flucht. Der befreundeten Sänger Richard Tauber – zwar katholisch, nach nationalsozialistischer Lesart aber jüdisch – emigrierte nach England. Tauber forderte auch Lehár zur Emigration auf, was Lehár mit Blick auf sein Alter jedoch ablehnte. Anlässlich eines Prozesses gegen den jüdischen Rechtsanwalt Eitelberg denunzierte Lehár diesen im November 1938 beim Staatsrat und SS-Sturmbannführer Hans Hinkel, der Lehárs Gönner im Reichspropagandaministerium war. Bei Sichtung der Akten werde Hinkel sehen, so Lehár, *„wie früher anerkannte Künstler von jüdischen Advokaten und Konsorten als Freiwild betrachtet werden“*. 1939 stellte Propagandaministerium **Lehárs Frau** unter seinen Schutz. 1940 erhielt Lehár von Hitler die „Goethe-Medaille“ verliehen, nachdem er Goebbels versichert hatte, seine Ehefrau künftig im Ausland leben zu lassen. Stattdessen siedelte das Paar lediglich nach Bad Ischl über. Ebenfalls 1940 erhielt er von Gauleiter Bürckel den Ehrenring der Stadt Wien und gab für Goebbels eine Privataufführung. Auch an der Westfront gab er Konzerte. Trotz der hohen Wertschätzung durch Hitler und Goebbels unterließ es Lehár, für einen seiner Librettisten, den im Konzentrationslager internierten **Fritz Löhner-Beda** nachhaltig zu intervenieren. Löhner-Beda wurde 1942 in Auschwitz erschlagen. Einen Deportationsversuch an seiner Frau konnte Lehár jedoch kurzfristig verhindern. Ebenso wird ihm zugeschrieben, die Deportation seines Librettisten **Victor Leon** verhindert zu haben. Lehár schrieb an die Machthaber des „Dritten Reiches“ anbietende **Briefe**. Das diente einerseits dem Schutz seiner Frau, andererseits aber auch dem Bemühen, sein Lebenswerk von den Nazis anerkannt zu finden. 1943 brach Lehár auf der Bühne zusammen, erst nach zwei Jahren besserte sich sein Zustand.

Nach 1945 versuchte Lehár, die politischen Realitäten zu **verdrängen**. In einem Interview äußerte er sich, *„dass die letzten Jahre sehr schwierig gewesen sind für uns alle. (...) Die Politik ist schmutzig, und ich mag nicht über schmutzige Sachen sprechen. (...) Meine ‚Lustige Witwe‘ war seine [Hitlers] Lieblingsoperette! Das ist doch nicht meine Schuld, oder?“* Klaus Mann nannte das im selben Interview eine *„entwaffnende Arglosigkeit“*. 1948, wenige Tage vor seinem Tod, erhielt er die Ehrenbürgerschaft von Bad Ischl. Ein Forschungsbericht über problematische Straßennamen der Stadt Wien ordnete die Lehárgasse 2013 den **„Fällen mit Diskussionsbedarf“** zu. Sie existiert noch heute.

Quellen und Literatur

- Linke, Norbert: Franz Lehár, Reinbeck bei Hamburg 2001.
- Norbert Wollheim Memorial, Art. „Fritz Löhner-Beda“ (http://www.wollheim-memorial.de/de/fritz_loehnerbeda_18831942)
- Rathkolb, Peter e.a.: Forschungsprojektendbericht Straßennamen Wiens seit 1860 als „Politische Erinnerungsorte“. Erstellt im Auftrag der Kulturabteilung der Stadt Wien, Juli 2013. (<https://www.wien.gv.at/kultur/abteilung/pdf/strassennamenbericht.pdf>)
- Schwarberg, Günther: Dein ist mein ganzes Herz. Die Geschichte von Fritz Löhner-Beda, der die schönsten Lieder der Welt schrieb und warum Hitler ihn ermorden ließ, Göttingen 2000.
- Stockinger, Heide/ Garrels, Kai-Uwe: „Dein ist mein ganzes Herz“. Ein Franz-Lehár-Lesebuch, Wien 2020.

Darme

Lohmann

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Bernhard-Lohmann-Straße	Lohmann, Bernhard	Darme

Bernhard Lohmann (*19.02.1890 in Lohnerbruch, †30.06.1961 in Darme) besuchte bis 1904 die Volksschule in Wietmarschen und absolvierte dann eine Tischlerlehre. Nach Beendigung der Ausbildung leistete er von 1911 bis 1913 **Militärdienst** als Pionier im Eisenbahnregiment Nr. 3. Nach kurzer Tätigkeit als Tischlergeselle in Bentheim diente er von 1914 bis 1918 als Pionier in der Reserve-Eisenbahn-Betriebskompanie 19 (REBK 19). Nach dem Krieg nahm er eine Stelle als Tischlergeselle im Eisenbahnausbesserungswerk an. Aus der Ehe mit Maria geb. Drees gingen neun Kinder hervor. 1923 wurde er ehrenamtlicher **Bürgermeister** von Darme. 1929 wurde er einstimmig wiedergewählt. Er selbst gab bei seinem Entnazifizierungsverfahren an, 1932 und auch im März 1933 das **Zentrum** gewählt zu haben. Nach der „Macht-ergreifung“ der Nationalsozialisten blieb er im Amt.

1933 trat Lohmann der **DAF**²⁰ bei, 1934 dem **NS-Reichskriegerbund**²¹ und der **NS-Volkswohlfahrt (NSV)**.²² Bei letzterer übernahm er 1936 das Amt eines Zellenwalters. 1935 trat er dem **Luftschutzbund** bei. Am 18. November 1937 beantragte Lohmann die Aufnahme in die **NSDAP**. Unter der Mitgliedsnummer 5633317 wurde er rückwirkend zum 1. Mai 1937 in die Ortsgruppe Lingen aufgenommen.²³ Im September 1939 wurde er **Zellenleiter**²⁴ der NSDAP Zelle VI der Ortsgruppe Lingen-Lookentor. Ihm unterstanden die Blockleiter Otto und Hermann van Zoest.

Im Juni 1934 fragte der NS-Landrat an, ob Lohmann bereit wäre, sich auf zwölf Jahre zum **Bürgermeister** („Gemeindeschulzen“) verpflichten zu lassen, und wies darauf hin, dass eine Ablehnung nur unter stichhaltigen Gründen möglich wäre. Lohmann nahm an und wurde im Oktober 1934 entsprechend verpflichtet. Fest im Gemeinderat saßen außerdem der Ortsleiter der NSDAP Otting und der rangälteste örtliche Führer der SA Goldschmidt. Die Ratsmitglieder wurden auf Adolf Hitler vereidigt.

²⁰ Die **DAF** war ein rechtlich der NSDAP angeschlossener Einheitsverband der Arbeitnehmer und Arbeitgeber und mit ca. 23 Millionen Mitgliedern (1938) die größte NS-Massenorganisation. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 418f.

²¹ Der **Nationalsozialistische Reichskriegerbund** ging 1938 aus dem Deutschen Reichskriegerverband Kyffhäuser hervor. Der Bund betrieb Kameradschaftspflege im NS-Sinn. Er wurde 1943 aufgelöst. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609.

²² Nach der Deutschen Arbeiterfront (DAF) die größte NS-Massenorganisation, versuchte die **NSV** eine Monopolisierung der Wohlfahrt. Aufgrund ihrer scheinbaren Ideologieförderung war ihre Arbeit populär. Die Mitgliedschaft erschien auch für diejenigen akzeptabel, die dem Regime eher zögernd oder kritisch gegenüberstanden, aber aus Opportunitätsgründen in eine Parteiorganisation eintreten wollten. Tatsächlich war die Arbeit der NSV aber von rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien bestimmt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 619f.

²³ Nach einem Aufnahmestopp ab Mai 1933 hatte sich die NSDAP ab Mai 1937 zunächst wieder anderweitigen NS-Mitgliedern geöffnet, bis die Mitgliedsperre im Mai 1939 vollständig aufgehoben wurde.

²⁴ Die NSDAP war innerhalb eines Gaues in vier Parteifunktionärs-Ränge untergliedert: Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, Zellenleiter und Blockwart. Die **Blockwarte** oder Blockleiter betreuten und überwachten die Bevölkerung in ihrem jeweiligen Wohnblock. U.a. sammelten sie die Mitgliedsbeiträge ein, warben für den Parteieintritt, meldeten „Vorgänge politisch-polizeilichen Charakters“ und denunzierten „Verbreiter schädigender Gerüchte“. Aufgabe des **Zellenleiters** war die Überwachung der ihm unterstellten Blockbereiche und die Führung der Blockleiter. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 399, S. 809; Schaudt, Anne: Nürtinger NS-Block- und NS-Zellenleiter, die rangniederen Partei-Funktionäre vor Ort, Teil 1, 2021 (<https://www.gedenken-nt.de/dokumente/block-zellenleiter-teil-1>).

Im Juni 1937 forderte das Erbgesundheitsgericht Osnabrück das Jugendamt des Kreises Lingen auf, „10-20 Männer, mindestens aber für jede Ortschaft einen Mann“ zu benennen, vorzugsweise Lehrer, die dauerhaft als „Pfleger“ für „Unfruchtbarzumachende“ insbesondere in Fällen von „Schwachsinn und Geisteskrankheit“ fungieren sollten. NS-Landrat Kerp forderte Lohmann auf, eine entsprechende Personalie vorzuschlagen. Lohmann schlug daraufhin den Lehrer Franz Heintzmann vor. Am 31. Oktober 1940 wurde Lohmann vom Landrat aufgefordert, alle geistesschwachen Kinder im schulpflichtigen Alter zu benennen. Die Kinder sollten in einer Heil- und Pflegeanstalt untergebracht werden. Derartige Anstalten nahmen eine Schlüsselstellung in der nationalsozialistischen „**Euthanasie**“-Politik ein. Lohmann meldete „*Fehlanzeige*“. Dabei soll es – zumindest nach späterer Aussage – „zwei“²⁵ bzw. „mehrere“²⁶ behinderte Kinder in Darne gegeben haben. Allerdings sind weder ihre Namen bekannt noch ob es sich tatsächlich um geistig Behinderte im Sinne der Forderung handelte. Die Einordnung des Falles ist entsprechend schwierig. Angesichts der katholischen Kritik an der NS-Euthanasiepolitik wäre die Handlungsweise des ehemaligen Zentrumwählers Lohmann durchaus folgerichtig gewesen. Es fällt aber auch auf, dass Lohmann den Fall in seinem recht komplizierten Entnazifizierungsverfahren an keiner Stelle erwähnt. Es könnte sich also durchaus um eine Exkulpationslegende handeln, wie sie nach 1945 vielfach kursierten.

Kurz vor der Eroberung Lingens durch britische Truppen endete Lohmanns Beschäftigung im Ausbesserungswerk am 30. März 1945. Zum 1. Oktober erfolgte seine Wiedereinstellung. Auf Veranlassung der britischen Militärregierung wurde Lohmann am 23. Oktober 1945 durch Landrat von Galen **vom Posten des Bürgermeisters enthoben**. Im Januar 1946 bat er den Landrat, seine Entlassung nochmals zu überprüfen. Er sei sich „in meiner über 22jährigen Tätigkeit als Bürgermeister keiner Verletzung meiner Amtspflichten bewußt“ und habe auch als Zellenleiter „nur meine Pflicht getan“. Außerdem erwähnte er die Existenz „*einiger anonymer Briefe*“, die offenbar beim Landrat eingegangen waren und durch die sich Lohmann in seiner Ehre verletzt sah. Ob diese Briefe die Entscheidung zur Amtsenthebung beeinflusst haben, ließ sich nicht ermitteln. Im August 1946 bestätigte der zuständige Entnazifizierungsausschuss die Angemessenheit der Entlassung: Lohmann sei als „*eifriger Nazi*“ bzw. „*Ardent Nazi*“ zu bezeichnen und „*nicht tragbar als Bürgermeister*“.

Im Rahmen der **Entnazifizierung** kam der Hauptausschuss im April 1949 zu dem Schluss „*Es wird festgestellt, dass Bernhard Lohmann den Nationalsozialismus unterstützt hat (Kategorie IV)*“ und begründet seine Entscheidung folgendermaßen: „*Der Betroffene war seit 1937 Parteimitglied und hatte den Rang eines Zellenleiters. Er gehörte ferner der DAF und der NSV an. Der Betroffene hat durch seine Tätigkeit in der Partei den Nationalsozialismus unterstützt.*“ Der Geschworenenausschuss schloss sich dem Urteil an: „*not portable as Bürgermeister*“ und „*Ardent Nazi supporter*“.

Lohmann erhob gegen diese Entscheidung **Einspruch**. Er habe sich als Zellenleiter „*keinerlei Rechtswidrigkeit zuschulden kommen lassen*“. Ohnehin habe diese Tätigkeit „*lediglich in Ausführung von formalistischer Verwaltungsarbeit*“ bestanden. Wenn das Unterstützung sei, dann habe ja „*das ganze Deutsche [sic!] Volk den Nationalsozialismus unterstützt*“. Ihm sei 1937 „*dringend nahegelegt*“ worden, in die NSDAP einzutreten. „*War es nicht besser, dass ich auf diese Weise zum Nutzen der Gemeinde Bürgermeister blieb, statt unter Umständen einem politischen ‚Scharfmacher‘ das Amt zu überlassen?*“²⁷ Lohmann konnte ein Leumundszeugnis²⁸ des aktuellen Bürgermeisters Stafflage vorlegen, das ähnlich argumentierte: „*Für Nicht-*

²⁵ Vocks, Lingen wegweisend, S. 24.

²⁶ Bojer, Sag mir wo die Gräber sind, S. 97.

²⁷ Dass er das Bürgermeisteramt auch ohne Eintritt in die NSDAP weiterhin hätte ausüben können, zeigen allerdings die Beispiele Heinrich Kohl und Gregor Dall in Laxten.

²⁸ Hinsichtlich ihres Wahrheitsgehalts sind die Aussagen in **Leumundszeugnissen** („Persilscheine“) als noch problematischer zu bewerten als die nicht selten beschönigten oder gefälschten Selbstangaben im Entnazifizierungs-Fragebogen. Sie sind weniger Auskunft über das tatsächliche Handeln der Betroffenen Person vor 1945 als Ausdruck seines sozialen Netzwerkes nach 1945. Vgl. Sabine Hennig, Entnazifizierungsunterlagen in Württemberg-Hohenzollern, in: Südwestdeutsche Archivalienkunde (<https://www.leo-bw.de/themenmodul/sudwestdeutsche-archivalienkunde/archivaliengattungen/akten/inhaltliche-unterscheidung/entnazifizierungsakten-wuerttemberg-hohenzollern>).

parteigenossen war es eine grosse Bedeutung, dass Herr B. Lohmann für die damaligen radikalen Vertreter des Hitlerregimes keinen Platz machte. Auf Drängen der damaligen Partei übernahm L. den Posten als Zellenleiter, was für uns Nichtparteigenossen von grosse[r] Bedeutung war, da ich erfahren hatte, das[s] der damalige neuzugezogene Schleusenmeister Fiedler, was ein starker Nazi [war], [sich] um die Stelle bewarb.“ Die Gründe für Lohmanns Einspruch waren, wie er selbst immer wieder betonte, vor allem wirtschaftlicher Natur. 1931 verdiente der neunfache Familienvater im Ausbesserungswerk 2830 Mark und als Bürgermeister 1500 Mark, 1941 waren es 4500+2200 Mark. 1945 verlor er die Einkünfte als Bürgermeister, das Ende der Samstagsarbeit im Ausbesserungswerk bedeutete eine faktische Lohnkürzung und es herrschte Inflation. Infolge seines Einspruchs kam es am 31. Mai 1949 zu einer mündlichen Anhörung, bei der er erklärte, er habe die Aufforderung zum Zellenleiter nicht ablehnen wollen, da er befürchtete, dann seine Arbeitsstelle bei der Reichsbahn zu verlieren. Doch die Kommission bestätigte mit Blick auf das Zellenleiteramt die Einstufung in Kategorie IV, verbunden mit dem Entzug der Wählbarkeit. Auch gegen diese Entscheidung erhob Lohmann Einspruch. Andere viel stärker Belastete seien ebenfalls entlastet worden. Sein Einspruch wurde allerdings nicht zugelassen, weil das Schreiben erst einen Tag nach Ablauf der Frist die zuständige Stelle erreichte. Er werde aber, so teilte man ihm mit, „nach Ablauf eines Jahres automatisch in die Kategorie V eingestuft“.

1954 wurde Lohmann **erneut zum Bürgermeister** von Darne gewählt. Ratsbeschlüsse beendete er schon mal mit den – eher dem Führerprinzip entsprechenden – Worten „*Nach Anhörung des Rates habe ich beschlossen.*“ Er war viele Jahre lang Vorsitzender des Kirchenbauvereins Darne. Noch im Bürgermeisteramt starb er 1961 durch einen Verkehrsunfall. Kurz nach seinem Tod beschloss der Gemeinderat, nach Lohmann eine Straße zu benennen.

Quellen und Literatur

- BArch, R 9361-IX KARTEI / 26330529.
- NLA OS, Rep 980, Nr. 57009.
- StadtA LIN, Darne, Nr. 14a und Nr. 48.
- StadtA LIN, Lingener Volksbote vom 3.7.1961.
- StadtA LIN, Schulchroniken, Nr. 12.
- Bojer, Reinhard: Sag mir, wo die Gräber sind... Kriegserinnerungen aus Darne, Hamburg 2002, S. 29ff., S. 97.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Holthausen-Biene

Bonhoeffer

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Bonhoefferstraße	Bonhoeffer, Dietrich	Holthausen-Biene

Dietrich Bonhoeffer (*04.02.1906 in Breslau, †09.04.1945 im KZ Flossenbürg) wurde nach dem Theologiestudium mit 21 Jahren promoviert, mit 24 Jahren habilitiert. 1931 folgte die Ordination zum Pfarrer. Der lutherische Theologe nahm bereits früh Stellung gegen das Führerprinzip und die Judenverfolgung. Er wird dem konservativen Teil der Widerstandsbewegung zugerechnet. Im September 1933 war er Mitbegründer des gegen den „Arierparagraphen“ gerichteten Pfarrernotbunds, aus dem 1934 die Bekennende Kirche hervorging, die gegen die Gleichschaltung der Deutschen Evangelischen Kirche (DEK) opponierte. Nach einer Pfarrtätigkeit in London kehrte er 1935 nach Deutschland zurück, wo er das Predigerseminar der Bekennenden Kirche leitete, das nach seinem Verbot illegal weiterbestand. 1936 wurde ihm die Lehrbefugnis entzogen. 1940 erhielt er Redeverbot, 1941 Schreibverbot. Ab 1940 war Bonhoeffer bei der militärischen Abwehr (Geheimdienst der Wehrmacht) angestellt, um im Sinne des dortigen Widerstandskreises gegen das Regime zu konspirieren. Nach zwei fehlgeschlagenen Anschlägen auf Hitler durch den Kreis wurde Bonhoeffer im April 1943 verhaftet. Im April 1945 wurde er nach einem SS-Standgerichtsverfahren im KZ Flossenbürg hingerichtet.

Quellen und Literatur

- Benz, Wolfgang: Der deutsche Widerstand gegen Hitler, München 2019.
- Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2008.
- Tietz, Christiane: Dietrich Bonhoeffer. Theologe im Widerstand, München 2019.

Holthausen-Biene

Groß

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Nikolaus-Groß-Straße	Groß, Nikolaus	Holthausen-Biene

Nikolaus Groß (*30.09.1898 in Niederwenigern bei Hattingen, †23.01.1945 in Berlin-Plötzensee) arbeitete zunächst als Bergmann, trat 1917 dem „Gewerkverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands“, 1918 der Zentrumsparlei bei. Ab 1920 widmete er sich der Gewerkschaftsarbeit. 1927 wurde er Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, des NS-kritisch eingestellten Presseorgans der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB). Groß wurde noch im selben Jahr deren Chefredakteur. 1933 wurde die Zeitung kurzzeitig verboten, 1935 in „Ketteler-Wacht“ umbenannt und im November 1938 endgültig verboten. 1939 wurde Groß Mitglied der Verbandsleitung der KAB Westdeutschland. Spätestens seit 1942 war er Teil der katholisch und demokratisch orientierten Widerstandsgruppe „Kölner Kreis“, die in der Verbandszentrale des KAB über den künftigen Staatsaufbau nach Hitler beriet und insbesondere mit dem Goerdelerkreis und dem Kreisauer Kreis in Verbindung stand. Nach dem gescheiterten Hitler-Attentat wurde Groß – obwohl unbeteiligt – am 12. August 1944 von der Kölner Gestapo verhaftet. Zunächst in einer Außenstelle des KZ Ravensbrück untergebracht, wurde er im September ins Gefängnis Berlin-Tegel verlegt. Am 15. Januar 1945 wurde er durch den Volksgerichtshof zum Tod durch den Strang verurteilt. Acht Tage später wurde er in Plötzensee hingerichtet. Am 7. Oktober 2001 wurde Groß seliggesprochen. Es gibt zahlreiche weitere Ehrungen.

Quellen und Literatur

- Benz, Wolfgang/ Pehle, Walter H. (Hg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt am Main 2008.
- Kock, Erich: Beter, Täter, Zeuge – Nikolaus Groß, Paderborn 2001.

Holthausen-Biene

Kolbe

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Maximilian-Kolbe-Straße	Kolbe, Maximilian	Holthausen-Biene

Maximilian Kolbe (*08.01.1894 als Raymund Kolbe in Zdunska-Wola, †14.08.1941 in Auschwitz) trat 1910 den **Franziskaner-Minoriten** bei und nahm den Ordensnamen Maximilian an. 1918 wurde er zum Priester geweiht. Bereits während seines Studiums gründete er 1917 die fundamental-katholische Vereinigung **Militia Immaculatae** (Miliz der Unbefleckten (Empfängnis)), die nahe Warschau ein Missionszentrum errichtete und sich insbesondere der Jugend- und Pressearbeit verschrieb. Das von Kolbe formulierte Statut nannte an erster Stelle die Selbstverpflichtung, sich zu „*bemühen um die Sünder, Häretiker, Schismatiker, Juden etc., besonders die Freimaurer*“. Kolbe betrachtete Freimaurer „*als eine organisierte Clique fanatischer Juden, die die Kirche zerstören wollen*“. An anderer Stelle schrieb er: „*Der atheistische Kommunismus [hat] seinen Ursprung ... in jener verbrecherischen Mafia ..., die sich Freimaurerei nennt, und die Hand, welche all das auf ein klares Ziel lenkt, ist der internationale Zionismus*.“ Als Leiter des Pressehauses der M.I. verantwortete er auch antisemitische Artikel, u.a. in der Tageszeitung *Mały Dziennik*, die ab 1935 erschien, „*um Juden, Freimaurer und Liberale zu bekämpfen*“ (Götz Aly). Unter anderem finden sich in Kolbes Zeitschriften Verweise auf die „*Protokolle der Weisen von Zion*“. Von Kritikern wird ihm bis heute **Antisemitismus** vorgeworfen. Von 1930 bis 1936 befand sich Kolbe auf einer Missionsreise in Japan. Im Zuge der Eroberung Warschaws durch deutsche Truppen nahm das Missionszentrum nun zahlreiche **Flüchtlinge** auf, darunter auch viele Juden. Nachdem die Präfektur von Warschau die Räumung des Klosters verfügte, wurde es von den meisten verlassen. Von den 600 bis 700 Mönchen blieben nur rund 50, darunter auch Kolbe. Sie wurden im September 1939 festgenommen, im Dezember aber wieder entlassen. In den folgenden Monaten wurde das Missionszentrum für Tausende von Flüchtlingen, darunter auch einige hundert Juden, zur Asylstätte. Im Februar 1941 wurde Kolbe erneut verhaftet. Ende Mai wurde er in das **Konzentrationslager Auschwitz** eingewiesen. Als am 29. Juli als Vergeltung für einen geflohenen Gefangenen mehrere Gefangene ermordet werden sollten, bat Kolbe darum, anstelle des Familienvaters Franciszek Gajowniczek (1901-1995) hingerichtet zu werden. Am 14. August wurde er zusammen mit drei anderen Verurteilten durch eine Phenolspritze getötet und im Krematorium verbrannt. 1971 wurde Kolbe seliggesprochen, 1982 **heiliggesprochen**. Zahlreiche Kirchen und Schulen sind nach ihm benannt. Es existieren ein Maximilian-Kolbe-Werk und eine Maximilian-Kolbe-Stiftung.

Quellen und Literatur

- Aly, Götz: Europa gegen die Juden 1880-1945, Frankfurt am Main 2017, S. 261ff.
- Frossard, André: Maximilian Kolbe. Vergesst die Liebe nicht. Eine Biografie, Freiburg 1988.
- Grieco, Gianfranco: Maximilian Kolbe. Sein Leben, Würzburg 2002.
- Krogmann, Andreas: Märtyrer, Heiliger – Judenhasser?, in: Jüdische Allgemeine vom 15.10.2021 (<https://www.juedische-allgemeine.de/religion/maertyrer-heiliger-juden-hasser/>)
- Stichtag (WDR): 14. August 1941 - Maximilian Kolbe stirbt im KZ Auschwitz, erschienen am 14.8.2016 (<https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag-maximilian-kolbe-100.html>)

Holthausen-Biene

Kues

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Gerhard-Kues-Straße	Kues, Gerhard	Holthausen-Biene

Gerhard Joseph Kues (*17.12.1914 in Holthausen, †20.04.1960 in Holthausen) wurde noch als Zimmergeselle im Oktober 1936 zum Militärdienst (Bezirkskommando Lingen) eingezogen. Am 3. November 1938 meldete er sich von Rosenheim zurück nach Holthausen um. Am 3. März 1939 beantragte er die Aufnahme in die **NSDAP**. Unter der Mitgliedsnummer 7053696 wurde er rückwirkend zum 1. November 1938 in die NSDAP aufgenommen. Er gehörte zur NSDAP-Ortsgruppe Holthausen-Wachendorf. Eine Entnazifizierungsakte ließ sich nicht ermitteln. Parallel zum Bauhandwerk betrieb Kues eine Heuerstelle im Kamphoog. Als Feldwebel bei der Wehrmacht heiratete er am 12. Januar 1942 Theresia geb. Rakel, mit der er insgesamt sieben Kinder hatte. Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs verlor er ein Bein und konnte seinen Beruf entsprechend nicht mehr ausüben. Er fand eine Anstellung im Gemeindebüro Biene. 1948 wurde er **Bürgermeister in Holthausen**. In seine Amtszeit fielen u.a. die Ansiedlung der Ölraffinerie und die Gründungsphase des Ludwig-Windhorst-Hauses. Er saß im Kirchenvorstand von Biene, war Ehrenpräsident des Schützenvereins Holthausen und leitete den Wasser- und Bodenverband Holthausen sowie die Holthausener Poststelle. Die Einweihung des LWH 1963 erlebte er nicht mehr. Er starb unerwartet mit nur 46 Jahren infolge eines Herzinfarkts.

Quellen und Literatur

- BArch, R 9361-XI KARTEI / 23970137.
- StadtA LIN, Holthausen-Biene, Nr. 622.
- StadtA LIN, Lingener Tagespost vom 20.-23.4.1960.
- StadtA LIN, PSR, Biene H, 1942/1.
- StadtA LIN, PSR, Biene St, 1960/5.
- Hauptschule Marienschule Lingen: 140 Straßennamen in Lingen. Personen in Text und Bild, Lingen 1985.
- Ripperda, Rudi: Aus der Geschichte des Colonats Kues und anderer Kues-Familien in Biene und Holthausen, in: Emsländische und Bentheimer Familienforschung 22 (2011), S. 240-244.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Holthausen-Biene

Middendorf

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Heinrich-Middendorf-Straße	Middendorf, Heinrich	Holthausen-Biene

Heinrich Middendorf (*31.08.1898 in Aschendorf, †10.08.1972 in Osnabrück) wechselte nach dem Schulbesuch im emsländischen Aschendorf auf die Missionsschule der Herz-Jesu-Priester im niederländischen Sittard. 1917 trat er in diesen Orden ein, 1923 wurde er zum Priester ordiniert. Das nun folgende Theologiestudium schloss er 1934 mit der Promotion ab. Von 1938 bis 1946 war er Rektor des Klosters Stegen. Auf dem Stegener Klostergelände lebten damals neben den Ordensleuten selbst auch mehrere Familien und Einzelpersonen, die vor dem Krieg geflohen waren. Außerdem war das Kloster ein Zielort der Kinderlandverschickung. Die rund 150 beherbergten Personen wurden konsequent nach ihrer Bedürftigkeit aufgenommen. So waren unter ihnen nicht nur Nazigegner und Nazianhänger, französische Kollaborateure und italienische Antifaschisten, sondern auch neun Juden, die auf diese Weise vor der Shoah bewahrt wurden. 1949 wurde Middendorf als Generalrat nach Rom berufen und ging 1956 als Missionar in die heutige Demokratische Republik Kongo. Während des Simba-Aufstands wurde er 1964 bedroht und eingekerkert und erlebte unter anderem die Ermordung seines Bischofs. Er starb 1972 auf einem Heimaturlaub in Deutschland. 1994 wurde er mit dem Titel „Gerechter unter den Völkern“ ausgezeichnet.

Quellen und Literatur

- Bothe, Bernd: Pater Heinrich Middendorf SCJ. Gerechter unter den Völkern, Freiburg 1998.
- Thoben, Paul: Pater Dr. Heinrich Middendorf, in: Jahrbuch des Emsländischen Heimatbundes 44 (1998), S. 263-276.

Holthausen-Biene

Rosken

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Gerhard-Rosken-Straße	Rosken, Gerhard	Holthausen-Biene

Gerhard Rosken (*17.07.1902 in Biene, †28.07.1980 in Biene) arbeitete nach seiner Schulausbildung auf dem elterlichen Hof. Bereits ab 1925 wirkte er über Jahrzehnte als Organist der kath. Kirche in Biene. 1930 heiratete er Anna Giese aus Handrup. Aus der Ehe gingen sieben Kinder hervor. Vor 1933 gehörte er der **Zentrumspartei** an.

Spätestens seit 1929 war er Vorstandsmitglied des **Biener Schützenvereins**, ab 1934 ihr Vorsitzender. Nach der Gleichschaltung des Vereins und Einführung des Führerprinzips erscheint Rosken 1939 als „Vereinsführer“, der die Generalversammlung laut Protokoll „mit einem Gruß an den Führer“ eröffnete und mit einem „dreifachen Sieg-Heil auf unseren Führer Adolf Hitler“ schloss. 1945 wurden alle Schützenvereine verboten. Nach der Neugründung 1948 erscheint er 1949 als Kassierer. 1958 wurde er Schützenkönig.

Von 1933 bis April 1942 war Rosken **Ortsbauernführer** der Gemeinde. Als Grund für sein Ausscheiden aus diesem Amt gibt Rosken später „Überlastung sowie unstimmiges Verhältnis mit dem Kreisbauernführer“ an. Am 18. April 1934 wurde der 31-jährige Landwirt Rosken von NS-Landrat Kerp zum Gemeindevorsteher bzw. **Bürgermeister** von Biene ernannt, zunächst nur kommissarisch, ab dem 22. Oktober 1934 dann auf zwölf Jahre. Es handelte sich um ein Ehrenamt, das nicht ohne Grund abgelehnt werden konnte.

Am 1. Juli 1937 stellte Rosken einen Antrag zur Aufnahme in die **NSDAP**. Der Eintritt erfolgte rückwirkend zum 1. Mai 1937 unter der Mitgliedsnummer 5451721. Seine Mitgliedskarte wurde am 10. Mai 1938 ausgestellt. Außerdem war Rosken Mitglied in der **NS-Volkswohlfahrt (NSV)**.²⁹ Bereits im Januar 1936 ernannte der NS-Landrat Rosken außerdem zum stellvertretenden Ortsschulvorsteher von Biene. Inzwischen **Ortsschulvorsteher**, beschloss Rosken am 8. Februar 1938 auf einer Sitzung des Schulbeirats, „die uns gesetzlich zustehende **Konfessionsschule** beizubehalten“. Die Einführung einer konfessionenübergreifenden Gemeinschaftsschule war eine wesentliche Konfliktlinie zwischen Katholiken und Nationalsozialisten. Im Dezember 1938 erklärte Rosken: *„Nach gewissenhafter Überlegung habe ich die Einsicht auf Zurücknahme meines Beschlusses vom 8. Nov. 1938 über Beibehaltung der Konfessionsschule hierselbst nicht gewonnen. Ich bin mir über die Folgen meiner Amtsenthebung bewusst und bitte zugleich, mich von meinem Amte zu erheben. Heil Hitler! Rosken, Ortsschulvorsteher“*. Die damit wohl erfolgte Enthebung als Schulvorsteher hatte auf sein Bürgermeisteramt keinen Einfluss. 1940 erfolgte die Einberufung zum Militär.

Unter britischer Militärregierung behielt Rosken zunächst sein Amt. Die Zeit war von den Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen geprägt sowie von Problemen mit der Besatzungsmacht. Im November 1948 bat er bei der **Entnazifizierung** wegen seiner Kandidatur zur Gemeindewahl um ein beschleunigtes Verfahren. Er sei „nur einfacher Parteigenosse seit 1937“ gewesen. Er wurde *„entlastet als Mitläufer gem. §7 der Verordnung v. 3.7.48“*.

Von 1952 bis 1969 wirkte er **erneut als Bürgermeister** von Biene. 1965 wurde das **CDU**-Mitglied Rosken Bürgermeister der Samtgemeinde Biene-Holthausen. Unzufrieden mit der Entwicklung der Gemeindereform trat er 1969 aus der aktiven Politik aus. 1970 verlieh ihm der Rat der neugebildeten Gemeinde Holthausen die Bezeichnung „**Ehrenbürgermeister**“. Nach

²⁹ Nach der Deutschen Arbeiterfront (DAF) die größte NS-Massenorganisation, versuchte die **NSV** eine Monopolisierung der Wohlfahrt. Aufgrund ihrer scheinbaren Ideologieförderung war ihre Arbeit populär. Die Mitgliedschaft erschien auch für diejenigen akzeptabel, die dem Regime eher zögernd oder kritisch gegenüberstanden, aber aus Opportunitätsgründen in eine Parteiorganisation eintreten wollten. Tatsächlich war die Arbeit der NSV aber von rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien bestimmt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 619f.

der Gemeindereform ließ er mit einigen Gleichgesinnten die alten Gemeindeschilder mit dem Namenszug „Biene“ nachbauen und nachts heimlich wieder aufstellen. 1981 wurde ihm auf Betreiben des Orsrates Holthausen-Biene das **Bundesverdienstkreuz** am Bande verliehen.

Quellen und Literatur

- BArch, R 9361-VIII KARTEI / 17410877
- BArch, R 9361-IX KARTEI / 30591650
- NLA OS, Rep 980, Nr. 13429.
- StadtA LIN, Holthausen-Biene, Nr. 43, Nr. 248, Nr. 263.
- StadtA LIN, Materialsammlung, Nr. 5.
- StadtA LIN, Melderegister.
- Adressbuch der Stadt und des Kreises Lingen-Ems, 1938.
- Holtmann, Werner: 300 Jahre Biener Schützen 1701-2001. Festschrift zur Feier des Jubiläumsschützenfestes in Biene vom 2. bis zum 5. Juni 2001, Lingen-Biene 2001.
- Kirchengemeinde St. Marien Biene (Hg.): 75 Jahre Sankt Marien Biene 1922-1997. Beiträge zur Geschichte der kath. Kirchengemeinde Sankt Marien Biene, Lingen (Ems) 1997.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Laxten

Bosch

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Boschstraße	Bosch, Robert	Laxten

Robert Bosch (*23.09.1861 in Albeck, †12.03.1942 in Stuttgart) gründete nach einer Feinmechanikerlehre 1886 die „Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik“ (später Robert Bosch GmbH) in Stuttgart. Nach der ersten Fabrikgründung 1901 expandierte das Unternehmen zusehends. Infolge der Einführung des Achtstundentags 1906 erhielt er den Beinamen „der rote Bosch“. Er sympathisierte mit der **Sozialdemokratie** und dem linksliberalen Flügel der **DDP**, suchte den Ausgleich mit den Gewerkschaften und begrüßte die demokratische Ausrichtung der Weimarer Republik. Bosch war 1926 gemeinsam mit seinem persönlichen Sekretär Hans Walz Gründungsmitglied des Stuttgarter Vereins zur Abwehr des Antisemitismus. *„Für Robert Bosch verkörperte der Nationalsozialismus ziemlich genau das Gegenteil von allem, wofür er eintrat“* (Johannes Bähr).

Die ersten Jahre nach der „**Machtergreifung**“ waren entsprechend konfliktreich. Es kursierten Gerüchte, dass Bosch wegen seiner liberalen Einstellung inhaftiert werden sollte. Als 1936 die im Rahmen von Boschs 70. Geburtstag und dem 50jährigen Firmenjubiläum verfasste Festschrift auf die üblichen Huldigungen an das NS-Regime verzichtete, kam es zum Eklat. Parteivertreter sagten ihre Teilnahme ab, eine Verwarnung wurde erteilt, und das Unternehmen bemühte sich fortan verstärkt um ein Auskommen mit dem Regime. Insgesamt sah sich Bosch zunehmend zu Zugeständnissen genötigt. Letztlich versuchte er eine Mischung aus **Kooperation und Widerstand**.

Nach außen hin wurde die **Fassade eines NS-konformen Betriebes** gewahrt. Bosch bedachte das Regime mit Spenden und neue Firmen der Bosch-Gruppe wurden nach NS-Vorgaben gegründet. Zu seinem 80. Geburtstag 1941 wurde Bosch als „Pionier der Arbeit“ ausgezeichnet, erhielt das Kriegsverdienstkreuz 1. Klasse, und die Bosch-GmbH wurde als „Kriegs-Musterbetrieb“ geehrt. Ein Großteil des Umsatzes wurde durch **Rüstungsaufträge** erwirtschaftet. Zudem war der Konzern in das System der **Zwangsarbeit** verstrickt. Während des Zweiten Weltkriegs beschäftigten Unternehmen der Bosch-Gruppe schätzungsweise über 20.000 Zwangsarbeiter, darunter auch – nach Boschs Tod – 800 Polinnen aus dem KZ Ravensbrück. Auch in dem konzerneigenen Siling-Werken in Langenbielau, wo für die Zwangsarbeiter menschenunwürdige Bedingungen herrschten, wurden gegen Ende des Krieges KZ-Häftlinge eingesetzt. *„Es ist nicht anzunehmen, das das Unternehmen Bosch sich diesem System folgenlos hätte entziehen können“* (Theiner).

Führende Vorstandsmitglieder waren mit Wissen von Bosch der **NSDAP** beigetreten. Boschs persönlicher Vertrauter Hans Walz wurde SS-Mitglied und gehörte zum Freundeskreis Himmler (1969 wegen seines Einsatzes für Juden als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt). Dies kann dahingehend interpretiert werden, dass der Vorstand der befürchteten Einflussnahme seitens der NSDAP auf das Unternehmen durch formale Mitgliedschaften entgegenwirken wollte. Bosch selbst wurde niemals Mitglied der NSDAP.

Die sich ihm bietenden Möglichkeiten zum **Widerstand** scheint Bosch weitgehend genutzt zu haben. Bosch und führende Mitarbeiter (**Bosch-Kreis**) engagierten sich ab 1937 im politischen Widerstand gegen Hitler. Sie leisteten mehrfach verfolgten **Juden** Hilfestellung, einige Jüdinnen und Juden konnten durch Unternehmensentscheidungen trotz teils bereits anberaumter Deportation gerettet werden. Allein zwischen 1938 und 1940 unterstützte Bosch die Emigration verhafteter und verfolgter Juden mit 1,2 Mio Reichsmark. 1937 stellte er den Widerstandskämpfer **Goerdeler** ein, der den Kontakt zum militärischen Widerstand gegen Hitler vermittelte. Den Anschlag auf Hitler 1944 erlebte Bosch nicht mehr. Nach seinem Tod 1942 ordnete Hitler ein **Staatsbegräbnis** an. Heute sind zahlreiche Straßen und Schulen nach Bosch benannt.

Quellen und Literatur

- Projekt Darmstädter Straßennamen. Biografien erarbeitet von Dr. Holger Köhn, Büro für Erinnerungskultur, Darmstadt 2019.
- Scholtyseck, Joachim: Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933-1945, München 1999.
- Theiner, Peter: Robert Bosch. Unternehmer im Zeitalter der Extreme. Eine Biographie, München 2017.

Laxten

Dall

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Gregor-Dall-Straße	Dall, Gregor	Laxten

Albert Gregor Dall (*19.08.1902 in Laxten, †05.04.1966 in Laxten) absolvierte nach dem Handelsschulabschluss in Schapen 1918 eine landwirtschaftliche Lehre und übernahm mit 33 Jahren den elterlichen Hof in Laxten. Mit seiner Frau Johanna geb. Mertens hatte er acht Kinder, weshalb er vom Militärdienst befreit war. Er trat früh in die Zentrumsparterie ein und wurde Ortsbauernführer. Nach eigenem Bekunden wählte er im November 1932 ebenfalls das Zentrum, zur Wahl im März 1933 gab er an „*ungültig*“.

Von 1933 bis 1934 war er Mitglied der **Deutschen Jägerschaft**,³⁰ von Oktober 1933 bis Juli 1934 Mitglied im **NSKK**,³¹ von 1938 bis 1945 Mitglied in der **NS-Volkswohlfahrt**.³² Von September 1936 bis Januar 1943 war er Mitglied im **Reichsnährstand**,³³ wo er das Amt eines Ortsbauernführers ausübte.

Mit dem preußischen Gemeindeverfassungsgesetz 1933 und der Deutschen Gemeindeordnung 1935 wurde das Führerprinzip etabliert. Damit erhielt die NSDAP weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten in der Ämterbesetzung, die sich fortan nach dem Prinzip der „nationalen Zuverlässigkeit“ gestaltete. 1943 wurde Dall **Bürgermeister der Gemeinde Laxten**. Es handelte sich um ein Ehrenamt, das nicht ohne Grund abgelehnt werden konnte. Bemerkenswerterweise liegen zwischen dem 12. Dezember 1942 und dem 6. Dezember 1945 keine Gemeinderatsprotokolle vor. Ob sie aus der entsprechenden Akte entfernt wurden oder in dieser Zeit der Gemeinderat nicht protokolliert wurde oder tagte, ist unklar. Parteimitglied der NSDAP war er allerdings nicht. Er behielt das Amt bis 1966.

Dalls **Entnazifizierung** verlief 1947, da er bereits als „*candidate for Landtag election*“ bestätigt worden war, im Schnelldurchgang: „*no objection*“. Vom wiedergegründeten Zentrum wechselte er 1954 zur **CDU**. Als langjähriger **Kreistagsabgeordneter** vertrat er den Landkreis Lingen von 1947 bis 1955 und von 1957 bis 1963 im Niedersächsischen **Landtag**. Mit dem Zusammenschluss von Laxten und Darne zu einer Samtgemeinde 1965 bis 1966 war er außerdem Samtgemeindedirektor.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 980, Nr. 43733.
- StadtA LIN, Archivbib. Y-294 (Protokollbuch der Gemeinde Laxten 1924-1949).

³⁰ Der **Reichsbund Deutsche Jägerschaft** war von 1934 bis 1945 der offizielle Jagdverband im nationalsozialistischen Deutschland. Die Mitgliedschaft war für alle, die einen Jagdschein besaßen, Pflicht.

³¹ Das **Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK)** war von April 1931 bis Juni 1934 eine Sondereinheit der SA, danach eine Gliederung der NSDAP. Im August 1934 wurde es mit der Motor-SA vereinigt. Seine Aufgabe war die „motorische Ertüchtigung der Jugend“ und die Kraftfahrerausbildung für das Heer. Das NSKK wurde u.a. bei der Organisation Todt und für Transporte bei Heer und Luftwaffe eingesetzt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609.

³² Nach der Deutschen Arbeiterfront (DAF) die größte NS-Massenorganisation, versuchte die **NSV** eine Monopolisierung der Wohlfahrt. Aufgrund ihrer scheinbaren Ideologieförderung war ihre Arbeit populär. Die Mitgliedschaft erschien auch für **diejenigen** akzeptabel, die dem Regime eher zögernd oder kritisch gegenüberstanden, aber aus Opportunitätsgründen in eine Parteiorganisation eintreten wollten. Tatsächlich war die Arbeit der NSV aber von rasse- und erbbiologischen Selektionskriterien bestimmt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 619f.

³³ 1933 ins Leben gerufen, war der **Reichsnährstand** die ständische Organisation der NS-Agrarpolitik. In ihm wurden sämtliche an der Erzeugung und dem Absatz landwirtschaftlicher Produkte beteiligten Personen per Zwangsmitgliedschaft gleichgeschaltet. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 686.

- Egbers, Anton/ Röttering, Agnes (Hg.): Laxten. Geschichte eines Dorfes im Wandel der Zeit, Lingen-Laxten 1993.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Laxten

Kohl

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Heinrich-Kohl-Straße	Kohl, Heinrich	Laxten

Der Bauer Heinrich Kohl (*25.12.1876, †06.06.1972), bereits seit 1916 Beigeordneter, wurde im März 1919 zunächst in den **Gemeinderat** Laxten, im September 1919 zum **Ortsbürgermeister** gewählt. Er wurde wiederholt in diesem Ehrenamt bestätigt. Anders als sein Lingener Amtskollege wurde er nicht aus dem Amt gedrängt. Die NSDAP war in Laxten vergleichsweise schwach vertreten. Die gesellschaftliche und politische Gleichschaltung erfolgte ab Sommer 1933 schrittweise und ereignisarm. Mit dem preußischen Gemeindeverfassungsgesetz 1933 und der Deutschen Gemeindeordnung 1935 wurde das Führerprinzip etabliert. Damit erhielt die NSDAP weitreichende Mitwirkungsmöglichkeiten in der Ämterbesetzung, die sich fortan nach dem Prinzip der „nationalen Zuverlässigkeit“ gestaltete. Im November 1934 wurden Bürgermeister und Gemeinderat vom NS-Landrat neu berufen. Er wechselte den Gemeinderat fast vollständig aus, bestätigte aber Kohl im **Amt**. Es handelte sich um ein Ehrenamt, das nicht ohne Grund abgelehnt werden konnte. Im Juni 1940 bat Kohl um Entlassung, da sein Sohn Heinrich Kohl jun. (*1912) einberufen wurde. **Heinrich Kohl jun.**, seit 1937 NSDAP-Mitglied und Blockleiter³⁴ der Partei, hatte seinen Vater seit Jahren in der Diensttätigkeit erheblich unterstützt: er führte die Gemeinderechnung, erledigte die laufenden Verwaltungsarbeiten und das Wirtschaftsamt. Kohl wurde aber lediglich bis zur Rückkehr des Sohnes beurlaubt. Er selbst war **kein Mitglied der NSDAP**. Im Januar 1943 wurde er von Gregor Dall abgelöst.

Eine **Entnazifizierungsakte** über Heinrich Kohl ist nicht zu ermitteln, wohl aber über seinen Sohn Heinrich Kohl jun. Dieser gab an: *„Mein Vater war von 1919 bis 1942 Bürgermeister der Gemeinde Laxten. Ich habe ihn im Gemeindebüro durch Erledigung schriftl. Arbeiten unterstützt. Er ist nicht Mitglied der NSDAP noch irgendeiner sonstigen NS-Organisation gewesen. Sein Ziel war: das Amt des Bürgermeisters nicht in den Händen (sic!) eines Nazis kommen zu lassen. Das ist im (sic!) auch geglückt. Ab 1936 wurde mein Vater immer stärker angegriffen und zwar daraufhin: er sei kein Mitglied der NSDAP noch einer NS-Organisation und seine beiden Söhne (mein Bruder ist Jahrgang 1914) gehören auch keiner NS-Organisation an. 1937 wurde ich Mitglied der NSDAP. Mein Vater und ich sahen dies als kleinstes Übel an. 1939 wurde ich zum Blockleiter bestellt. Eine braune Uniform habe ich nie getragen.“* Selbstzeugnisse und Selbstangaben in Entnazifizierungsakten sind grundsätzlich eine problematische und recht unzuverlässige Quelle und entsprechend kritisch zu hinterfragen.³⁵ Der Entnazifizierungsausschuss jedenfalls folgte den Ausführungen von Kohl jun., bewerteten ihn lediglich als Mitläufer und sahen ihn als entlastet an.

Von 1945 bis 1952 saß Heinrich Kohl (sen.) erneut im Laxtener Gemeinderat und wurde 1952 als Ehrenbeamter zum **Gemeindedirektor** gewählt. 2021 wurde nach ihm eine Straße benannt.

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep. 180, Nr 13428.
- StadtA LIN, Laxten, Nr. 93.

³⁴ Die NSDAP war innerhalb eines Gaues in vier Parteifunktionärs-Ränge untergliedert: Kreisleiter, Ortsgruppenleiter, Zellenleiter und Blockwart. Die **Blockwarte** oder Blockleiter betreuten und überwachten die Bevölkerung in ihrem jeweiligen Wohnblock. U.a. sammelten sie die Mitgliedsbeiträge ein, warben für den Parteieintritt, meldeten „Vorgänge politisch-polizeilichen Charakters“ und denunzierten „Verbreiter schädigender Gerüchte“. Ebenso hatte der ihnen übergeordnete **Zellenleiter** den Ortsgruppenleiter über Mißstände zu informieren. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 399, S. 809.

³⁵ Vgl. etwa Templin, David: Wissenschaftliche Untersuchung zur NS-Belastung von Straßennamen. Abschlussbericht, erstellt im Auftrag des Staatsarchivs Hamburg, Hamburg 2017, S. 15.

- StadtA LIN, PSR, Lax G, 1912.
- Egbers, Anton/ Röttering, Agnes (Hg.): Laxten. Geschichte eines Dorfes im Wandel der Zeit, Lingen-Laxten 1993.

Laxten

Lindgen

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Dr.-Lindgen-Straße	Lindgen, Engelbert	Laxten

Augustinus Engelbert Lindgen (*18.08.1912 in Gelsenkirchen-Buer, †25.06.1983 in Lingen) wuchs als ältestes von acht Geschwistern im Ruhrgebiet auf. Nach dem Besuch der Volksschule und des Gymnasiums in Buer studierte er ab 1932 **Medizin** in Münster, Bonn und Düsseldorf. Noch im ersten Studienjahr trat er der kath. Studentenverbindung „**Cimbria**“ Münster bei. Von August bis September 1934 leistete er **Freiwilligen Arbeitsdienst**.³⁶ Von 1934 bis 1937 war er Mitglied im **NSKK**,³⁷ ab 1935 im Rang eines Sturmmanns. Noch als Candidatus medicinae, also im klinischen Abschnitt des Studiums beantragte er am 8. Juli 1937 die Aufnahme in die **NSDAP**. Unter der Nummer 4799470 wurde er rückwirkend zum 1. Mai 1937 in die Partei aufgenommen. Nach wie vor in Buer wohnhaft, gehörte er zur Ortsgruppe Gelsenkirchen. Er blieb Parteianwärter, wie er bei seiner Entnazifizierung betonte.³⁸

1938 schloss Lindgen das Studium mit der Promotion ab. Er arbeitete zunächst als Medizinalpraktikant in der Städtischen Kinderklinik Düsseldorf und im Marienkrankenhaus Düsseldorf-Kaiserswerth, zuletzt als Assistenzarzt, dann als Hilfskassenarzt in der KVD (Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands). Am 19. September 1940 heiratete er in Büderich (Meerbusch) die aus Elbergen stammende Medizinerin Dr. Josefa Richter, eine Nichte des Pfarrers Georg Borgel, die er während des Studiums kennengelernt hatte. Von 1940 bis 1941 war er Mitglied im **NS-Ärztebund**.³⁹ Es folgte sein Dienst in der Wehrmacht. Im April 1941 begann seine Infanterieausbildung, gefolgt von einer Ausbildung als **Sanitätssoldat**. 1941/42 war er als Lazarettarzt in Krefeld tätig, 1942/44 als Bataillonsarzt der Infanterieregimente 366 und 442. Im September 1944 wurde er Regimentsarzt des Werfer-Regiments 70. Zwischen 1943 und 1945 wurde er ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz 2. Klasse, dem Infanterie-Sturmabzeichen, dem Eisernen Kreuz 1. Klasse, dem Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse und dem Kurlandband. Seit Juli 1942 in der UdSSR im Einsatz, geriet er am 9. Mai 1945 mit der Kapitulation in **russische Kriegsgefangenschaft**. Aus der er erst im April 1948 entlassen wurde.

Seine Frau war unterdessen nach Schepsdorf gezogen. 1948 eröffnete sie in der Bernd-Rosemeyer-Straße die erste Kinderarztpraxis in Lingen. Engelbert Lindgen arbeitete zunächst unbezahlt in der Düsseldorfer Kinderklinik, folgte schließlich aber seiner Frau nach Schepsdorf und praktizierte ebenfalls als Kinderarzt. Im Juli 1948 reichte er die für die **Entnazifizierung** erforderlichen Fragebögen ein und bat um baldige Antwort, da er seine ärztliche Tätigkeit wiederaufnehmen wolle. Im Dezember 1948 kam der Entnazifizierungs-Hauptausschuss für be-

³⁶ Lindgen gibt bei seiner Entnazifizierung an, er wäre 1934 beim Reichsarbeitsdienst (RAD) gewesen. Der 1933/34 gleichgeschaltete Freiwillige Arbeitsdienst wurde aber erst im Juni 1935 zum Reichsarbeitsdienst umgewandelt. Alternativ denkbar wäre ein RAD-Dienst Lindgens im Jahre 1935. Die akurate Datierung Lindgens ist aber wohl als Indiz dagegen zu werten.

³⁷ Das **Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps (NSKK)** war von April 1931 bis Juni 1934 eine Sondereinheit der SA, danach eine Gliederung der NSDAP. Im August 1934 wurde es mit der Motor-SA vereinigt. Seine Aufgabe war die „motorische Ertüchtigung der Jugend“ und die Kraftfahrerausbildung für das Heer. Das NSKK wurde u.a. bei der Organisation Todt und für Transporte bei Heer und Luftwaffe eingesetzt. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 609.

³⁸ Das Ende seiner NSDAP-Mitgliedschaft gibt Lindgen mit „1941“ an. Dies erklärt sich dadurch, dass die Mitgliedschaft mit dem Eintritt in den Militärdienst ruhte.

³⁹ Der **Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund (NSDÄB)** wurde 1932 gegründet. Bis 1938 zählte er ca. 30.000 Mitglieder. Er spielte eine wichtige Rolle bei der Gleichschaltung der Ärzteschaft und der rassenhygienischen Propaganda. Vgl. Benz, Wolfgang/ Graml, Hermann/ Weiß, Hermann (Hg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Stuttgart 1997, S. 607f.

sondere Berufsgruppen Osnabrück zu folgendem Schluss: „*Der Betroffene war einfaches Parteimitglied seit 1937 und gehörte dann noch dem NSKK als Sturmmann an. Weitere politische Belastungen liegen nicht vor. Die Entlastung kann nach §7, Ziffer 1a der Rechtsgrundsätze erfolgen*“. Das entsprach der Kategorie V: entlastet.

Lindgen setzte sich für eine Belegabteilung für Kinderheilkunde im Bonifatius Hospital ein, die er parallel zu seiner Praxis leitete, und die 1968 in eine Hauptabteilung umgewandelt wurde. Auf Lindgens Initiative hin begann in Lingen 1965 die institutionelle Betreuung von Behinderten. Der Verein „**Kinderhilfe Lingen**“ wurde ins Leben gerufen und mit Unterstützung des Landkreises und der Thuiner Franziskanerinnen ein Hort für behinderte Kinder errichtet. 1981 benannte sich die Kinderhilfe in „**Christophoruswerk**“ um. Die Stadt verlieh Engelbert Lindgen 1975 die Ehrenbürgerwürde der Stadt.

Quellen und Literatur

- BArch, R 9361-IX KARTEI / 25951094.
- NLA OS, Rep 980, Nr. 16364.
- StadtA LIN, Melderegister Lingen und Schepsdorf.
- StadtA LIN, PSR, Lin St, 1983/219.
- Adressbuch Lingen-Ems, 1950
- Adressbuch Stadt und Kreis Lingen-Ems, 1955.
- Bosse, Henry: Kinderklinik, in: Franke, Werner: St. Bonifatius Hospital Lingen. Im Dienst am Nächsten, Bramsche 2005, S. 83-86.
- Christopherus-Werk Lingen e.V. (Hg.): Von der Kinderhilfe Lingen e.V. zum Christopherus-Werk Lingen, Greven (1982).
- Kruse, Georg: Das Christopherus-Werk Lingen, in: Kivelingszeitung 1990, S. 49-53.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.

Laxten

Montessori

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Montessoristraße	Montessori, Maria	Laxten

Maria Montessori (*31.08.1870 in Chiaravalle, †06.05.1952 in Noordwijk aan Zee) gelang es als einer der ersten Frauen Italiens, Medizin zu studieren und auch zu promovieren. Von 1900 bis 1902 leitete sie ein medizinisch-pädagogisches Institut zur Lehrerausbildung. 1907 übernahm sie die Leitung einer Tagesstätte für verarmte Kinder. Auf der Basis dieser Erfahrungen entwickelte sie eine eigene Erziehungsmethode, die bald international rezipiert wurde. Nach einem Treffen Montessoris mit Mussolini wurde ihre Methode 1924 auch im faschistischen Italien eingeführt. Mussolini versprach sich davon internationale Anerkennung, Montessori finanzielle Unterstützung. 1926 intensivierte sich die Beziehung zwischen Montessori und der faschistischen Regierung, sie wurde Ehrenmitglied der faschistischen Staatspartei, und Mussolini wurde Ehrenvorsitzender der italienischen Montessori-Gesellschaft. 1927 verlieh Mussolini ihr das Prädikat „Heldin des Vaterlandes“. Montessoris opportunistische Zusammenarbeit mit dem Regime war ab 1929 und insbesondere ab 1932 angesichts des wachsenden Totalitätsanspruchs Mussolinis zunehmend von Konflikten geprägt. So sollten etwa auch an Montessori-Schulen der Faschistengruß und Uniformen eingeführt werden. 1933 verließ sie Italien, die dortigen Montessori-Schulen ließ das Regime 1936 schließen. 1939 reiste sie auf Einladung der Theosophischen Gesellschaft nach Indien, um verschiedene Ausbildungskurse zu halten. 1949 wurde sie für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Im selben Jahr kehrte sie endgültig nach Europa zurück und begab sich auf Vortragsreise. Ihre letzten Lebensjahre verbrachte sie in den Niederlanden.

Quellen und Literatur

- Reeken, Dietmar von/ Thießen, Malte: Wissenschaftliche Untersuchung der Straßennamen der Stadt Oldenburg, Oldenburg 2013.
- Waldschmidt, Ingeborg: Maria Montessori. Leben und Werk, München 2001

Schepsdorf

Borgel

Straßenname	Personenname	Stadtteil
Borgelweg	Borgel, Georg	Schepsdorf

Georg Borgel (*23.06.1869 in Listrup, †09.01.1959 in Lingen) verlor im Alter von 14 Jahren beide Elternteile und erkrankte an Tuberkulose. Nach dem Abitur am Gymnasium Carolinum in Osnabrück studierte er Theologie in Münster und Fulda. Nach der Weihe zum katholischen Priester 1895 in Osnabrück trat er seine erste Stelle in Oesede an, danach wirkte er in Lübeck, Riemsloh, Eutin und Rendsburg. 1918 wurde er **Pfarrer in Schepsdorf**. Bei seiner **Entnazifizierung** antwortet er auf die Frage, ob er je an der freien Ausübung seines Berufes behindert worden sei: *„Es wurde mir von einer Lehrerin Wolf verboten, für den Religionsunterricht die Schulräume zu benutzen.“* Er wurde schließlich in die Kategorie V („no objections“) eingeordnet. Mit 86 Jahren ging er in den Ruhestand. Als Schepsdorf nach der Eingemeindung Straßennamen erhielt, wurde eine nach Georg Borgel benannt

Quellen und Literatur

- NLA OS, Rep 439, Nr. 3961.
- NLA OS, Rep 980, Nr. 54563.
- Vocks, Benno: Lingen wegweisend. 99 Straßen, Wege und Plätze. Porträts und Geschichte(n), Ahlen 2015.